



Castor

ein Container
mit nationalem Inhalt



Inhalt

- 3 1. Einleitung
- 4 2. Historische Entwicklung
Die Anfänge
Die „friedliche“ Nutzung der Atomenergie
Entwicklung in Deutschland
- 12 3. Wozu braucht der Staat die Bombe?
Eine kurze Analyse der Staatenkonkurrenz
...bezogen auf die Situation nach dem 2. Weltkrieg
- 14 4. Das Verhältnis Staat - Ökonomie
Eine kurze Staatsanalyse
...bezogen auf die Atomindustrie
- 17 5. Kritik an den AtomkraftgegnerInnen
Uranbergbau
Betrieb von AKWs und Zwischenfällen
Entsorgungsproblem
Unwirtschaftlichkeit von AKW's
WAA
Ressourcenknappheit
militärischer Nutzen
- 22 6. Die Folgen aus der Kritik der AKW-GegnerInnen
Atomfilz
Atomstaat
Atommafia
- 23 7. Durchsetzung staatlicher Interessen
staatliche Rechtfertigung der Atomindustrie
Durchsetzung und staatlicher Umgang mit dem Widerstand
- 25 8. Fazit





1. Einleitung

Seit ihrer Entstehung ist die Anti-Atom-Bewegung damit beschäftigt, die Rücksichtslosigkeiten der BetreiberInnen und PolitikerInnen gegen Mensch und Natur zu entdecken und bekannt zu machen. Das Wissen darüber hat Einige auf den Gedanken gebracht, daß „hier ja wohl alles möglich“ sei, angefangen bei der Kalkulierung mit einer täglichen Verstrahlung der Bevölkerung über das Inkaufnehmen eines GAUs bis hin zum Einsatz staatlicher Gewalt gegen Leute, die ihren Unmut darüber kundtun.

Solches ist also in diesem Staate möglich, nötig erschien es dagegen nicht. In einer Demokratie sollten gute Argumente und gewichtige Einwände doch etwas gelten! Deshalb wurde den Verantwortlichen immer wieder vorge-rechnet, wie unwirtschaftlich Atom-energie sei, und wie risikoreich. Der mäßige Erfolg dieser Art der Agitation und die harte Reaktion des Staates auf Proteste wurde zum Anlaß genommen, eine mangelnde Verwirklichung der Prinzipien eines demokratischen Staatswesens zu beklagen. Es wurde ein „Atomstaat“ entdeckt, in dem es einen „Atomfilz“ gibt und der in Reaktion auf notwendig entstehende Proteste zu einem „Polizeistaat“ mutiert.

Dieser Abgleich der Beobachtungen mit dem Ideal von einem „wirklich“ de-mokratischen Gemeinwesen läßt übli-

cherweise die Analyse des real existie- renden außen vor. Deshalb werden auch keine Notwendigkeiten entdeckt, die dazu führen, daß für Mensch und Natur schädliche Technik angewendet wird, und daß in der Anwendung eine zusätzliche Rücksichtslosigkeit vor- herrscht. Statt dessen findet mensch das Böse im Menschen. Charakterliche Defizite sollen der Grund für das Festhalten an der Atomenergie sein, nämlich die Profitgier der Beteiligten, ihre Verantwortungslosigkeit, ihr feh- lendes demokratisches Bewußtsein oder ihre mangelnde Verbundenheit zur Natur. Das Ziel dieses Textes ist es zu zeigen, daß es für einen National- staat durchaus gute Gründe gibt, die Atomtechnik zu entwickeln und an ihr festzuhalten, daß die harte staatliche Reaktion auf Proteste genau aus diesen Interessen herrührt, und daß die an der Atomenergie beteiligten Konzerne nach ganz normalen wirtschaftlichen Prinzipien agieren.

Mit der historischen Entwicklung wollen wir erstmal deutlich machen, wieso mensch überhaupt erst mit die- sem Krempel angefangen hat. Dabei soll deutlich werden, was für Ziele ein Staat mit einer solchen Technologie verfolgt (Besitz von Nuklearwaffen, en- ergiewirtschaftliche Unabhängigkeit, Exporttechnologie, und Know-How). Als nächstes soll mit der Analyse der internationalen Staatenkonkurrenz ge- zeigt werden, wieso ein Staat diese Ziele hat. Aus der Analyse des bürger- lichen Staates soll deutlich werden, daß mit der Atomindustrie nach gängi- gen Mustern verfahren wird. Die hier- aus resultierenden Kenntnisse bezie- hen wir als nächstes auf die gängige Kritik der AKW-GegnerInnen. Zum Abschluß wird die Durchsetzungspolitik des Staates noch unter die Lupe ge- nommen.

Auf geht´s...



2. Historische Entwicklung



2.1 Die Anfänge

Nach einer Reihe von Entdeckungen, Erfindungen und theoretischen Erkenntnissen in der Atomphysik, gelang den deutschen WissenschaftlerInnen Otto Hahn, Fritz Strassmann und Lise Meitner 1938 in Berlin die erste künstliche Kernspaltung. Wenig später wurde dann die Energiegewinnung durch Kernspaltung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA angestrebt. Unter dem Zeitdruck der nationalen Dringlichkeit, die durch den Krieg gegeben war (der Staat, der sie als erster hat, hat so einen unaufholbaren Vorsprung), traten moralische Bedenken in den Hintergrund und die Wissenschaftler machten sich herzlich wenig Gedanken über die negativen Seiten dieser Technologie. Auf Grund der Tatsache, einzige Nation mit intakten Industrieanlagen zu sein, konnten die Amerikaner am meisten Energie in die Entwicklung der Atombombe stecken, so daß sie auch als erste über eine solche verfügten. 1939 hatten Eugene Wigner und Leo Szilard, Nobelpreisträger der Physik, Albert Einstein gebeten, einen Brief an den amerikanischen Präsidenten zu unterzeichnen, der ihn von der Wichtigkeit der Atomwissenschaft überzeugen sollte. Dieser Brief veranlaßte die amerikanische Regierung dazu, zunächst nur bescheidene Mittel zur Entwicklung zur Verfügung zu stellen. Erst ein technischer Bericht eines britischen Ausschusses überzeugte Roosevelt 1941. Mit der Herstellung von Atommeilern sollte 1942 begonnen werden, um das für die Bombe notwendige Plutonium

zu gewinnen. Das war dann der Startschuß für das sogenannte „Manhattan-Projekt“, das allein 2 Milliarden Dollar verschlang. Dieses Projekt stand unter der wissenschaftlichen Leitung von J. Robert Oppenheimer, die oberste Leitung lag aber bei General Groves. Der erste von E. Fermi entwickelte Atomversuchsmeiler lief im Dezember 1942 an, so daß im Februar 1943 der Bau der zur Herstellung von Plutonium notwendigen Reaktoren in der Nähe von Hanford begonnen werden konnte. Ähnliche Anlagen entstanden in Oak Ridge, wo Uran 235 hergestellt werden sollte. Anfang 1945 standen dann geringe Mengen Plutonium aus Hanford und Uran 235 aus Oak Ridge zur Verfügung, um mit dem Bau der Atombomben zu beginnen. Die U-235-Bombe (liebevoll „Little Boy“ genannt) wurde sofort eingesetzt, während die Plutoniumbombe (Fat Man, nach W. Churchill benannt) erst bei Alamogorda in der Wüste am

16.7.1945 getestet wurde. Die Uranbombe kam am 6.8.1945 in Hiroshima, die Plutoniumbombe am 9.8.1945 in Nagasaki zum Einsatz. Mit diesen Bombenabwürfen zwangen die Amerikaner die Japaner im Handumdrehen in die Knie. Das war aber nicht der eigentliche Grund für den verheerendsten Bombenabwurf, den die Menschheit bis dahin gesehen hat. Er war in dieser Hinsicht sogar überflüssig. Die Amerikaner wußten, daß die Japaner und NS-Deutschland noch keine Atomwaffen besaßen, außerdem hätte mensch Japan, das eh schon schwer angeschlagen war, auch anders bezwingen können. (1) Den USA ging es vielmehr um einen „Leistungsnachweis“: sie wollten zum einen die Resultate des aufwendigen Manhattan-Projekts sichtbar vorführen und damit ihre Stellung als Weltmacht unterstreichen.



„Zweitens sollte erprobt werden, was die beiden Bombentypen anrichten. Die Plutoniumbombe (...) war getestet worden, die Uranbombe (...) nicht. Dann hat es wohl das sozusagen fiskalische Argument gegeben; das 'Manhattan-Projekt' (...) hatte 2 Dollarmilliarden gekostet, Kritik wäre zu befürchten gewesen, hätte man das Resultat der Waffenentwicklung nicht sichtbar und tödlich vorgeführt.“ (2)

1952 wurde die erste Wasserstoffbombe erprobt. Die UdSSR verfügte 1949 über ihre erste Atombombe, 1953 über ihre erste Wasserstoffbombe. Großbritannien kam mit Hilfe der Amerikaner 1952 zur Atombombe, 1957 zur H-Bombe. Frankreich, das selbst die Entwicklung betreiben mußte, verfügte erst 1960 über die A-Bombe (1968 über die H-Bombe), die VR China seit 1964 (1967). Indien zündete seine erste Atombombe 1974. Die Atombombe wurde besonders nach Beginn des Kalten Krieges zu dem Drohpotential schlechthin.

Knapp ein Jahr nach Hiroshima wurde ein Gestein unterzeichnet, das den militärischen Einfluß auf die Atomanlagen einschränken sollte. So entstand die Atomenergiekommission (AEC). Ihr wurden Ende 1946 die Anlagen des Manhattan-Projekts übergeben. Doch schon 1947, nach Beginn des kalten Krieges, wurde die nukleare Abschreckung wieder verstärkt.

2.2. Die „friedliche“ Nutzung der Atomenergie:

Für die Entwicklung der Atombomben waren Isotopentrennanlagen und Kernreaktoren notwendig, um das Plutonium produzieren zu können, das in der Natur nicht mehr vorkam.

Die Reaktoren waren also militärisch notwendig. Deshalb mußten sie so oder so gebaut werden, wenn mensch Interesse an der Atombombe hatte. Und wenn sie schon im Lande herumstanden, konnten sie auch gleich marktwirtschaftlich verwertet werden, da sie jede Menge Energie produzierten. Durch die marktwirtschaftliche Verwertung wurden die AKWs für die



Regierung billiger und mensch erhoffte sich so einen neuen Exportmarkt. Dabei schielten die Amerikaner besonders auf Europa, da hier die Strompreise viel höher waren als in den USA. Als weitere wesentliche Gründe für die zivile Nutzung werden auch die internationale Protestbewegungen angegeben. Die zivile Atomenergie diente so als Alibi und sollte die Bevölkerung beruhigen. Am 8.12.1953 stellte dann der amerikanische Präsident Eisenhower mit den „atoms for peace“ das amerikanische Kernenergie-Programm vor. Die Amerikaner versprachen sich durch die kommerzielle Nutzung der Kernenergie, die scheinbar grenzenlos Energie erzeugen konnte, eine neue industrielle Revolution. Sie fürchteten, daß die Sowjets auch bald mit der zivilen Kerntechnik auf dem Weltmarkt erscheinen würden. Das „atoms for peace“-Programm hatte allerdings noch einen machtpolitischen Hintergrund. Die USA hatten ihr Atomwaffen-

monopol nach dem Krieg verloren, die UdSSR, Frankreich und England besaßen oder bauten die Atombombe. Die Amerikaner konnten diese Atomforschung natürlich nicht aufhalten. Nachdem die restriktive Atompolitik der USA nach 1946 ihr Atomwaffenmonopol nicht langfristig gesichert hatte, erhofften sie sich eine relative Kontrolle durch ihr „atoms for peace“-Programm. Indem sie den anderen Staaten die Möglichkeit zur Erforschung von Kernreaktoren offenhielt (anstatt z.B. eine Informationssperre einzurichten) und ihre Technologie zum Verkauf anboten, wußten sie immer, was der andere Staat für Kapazitäten bei sich rumstehen hatte, die ihn evtl. zum Bau der A-Bombe befähigten. Bezeichnenderweise verkündete Eisenhower dieses Programm kurz nachdem die UdSSR ihre erste Wasserstoffbombe gezündet haben. Das „atoms for peace“-Programm bot Ländern, die in diese Technologie einsteigen wollten, selbst aber noch keine Erfah-





2.3 Entwicklung in Deutschland

2.3.1 Ausgangssituation

In Deutschland war mensch zur Kriegszeit noch nicht so weit in der Entwicklung der Atombombe wie in den USA. Die deutschen Wissenschaftler beklagten sich u.a. über die mangelnde Förderung durch den faschistischen Staat und hatten im halbwegs zerstörten NS-Deutschland auch nicht gerade gute Bedingungen zum Forschen. Nach dem Krieg beschlagnahmten die Alliierten sofort sämtliche Einrichtungen und Gegenstände (mitsamt dem humanen Inventar), die mit der Kernforschung zusammenhingen. Die friedliche Nutzung der Kernenergie war im Nachkriegsdeutschland zunächst untersagt, erst 1955 mit der Wiedererlangung der vollen staatlichen Souveränität durfte damit begonnen werden. Insofern hatte Deutschland gegenüber den anderen Ländern (USA, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien) einen Nachholbedarf in der Entwicklung von AKWs. Dieser wurde dadurch aufgeholt, daß mensch auf kostspielige Versuchsreihen, wie sie in den anderen Staaten durchgeführt wurden, einfach verzichtete. Es wurden erstmal die Anlagen gebaut und an den Prototypen selbst beim Normalbetrieb herumexperimentiert (frei nach dem Motto: learning by doing). Das sparte natürlich jede Menge Kosten und Zeit in der Entwicklung. Außerdem kam die amerikanische Strategie, die

rungen damit gemacht haben, amerikanische Forschungsreaktoren an, mit denen ein vergleichsweise kostengünstiger kerntechnischer Anfang gemacht werden konnte. Natürlich legte das auch nahe, in späteren Entwicklungsstadien „den einmal eingeschlagenen amerikanischen Weg weiter zu gehen, und zwar sowohl hinsichtlich der Technologie als auch hinsichtlich einer allgemeineren ökonomischen und politischen Orientierung“ (3). Dazu traten die USA in bilaterale Forschungsreaktorabkommen mit den jeweilig interessierten Staaten. Dadurch konnten die USA ihre Verbündeten noch fester anbinden und neutrale Staaten zu einer positiven Kooperation zu bewegen. So erreichten die USA nach dem gescheiterten Restriktionskurs eine erhebliche Kontrolle durch Kooperation.

Das „atoms for peace“- Programm bedeutete natürlich keine Abkehr von der militärischen Nutzung, im Gegenteil: sie wurde noch forciert auf dem Gebiet der strategischen und taktischen Atomwaffen („New Look“).

Für die USA bestand im Vergleich zu den anderen Atommächten am wenigsten die energiepolitische Notwendigkeit zur friedlichen Nutzung der Atomenergie, was die These des machtpolitischen Hintergrundes bestärkt. Das amerikanische Atomenergiewesetz, das 1954 erlassen wurde, erlaubte es privaten Unternehmen, AKWs zu bauen, die Regierung blieb aber Eigentümerin des Kernbrennstoffes. Mit diesem Gesetz wurde das Wachstum der Nuklearindustrie beschleunigt und das staatliche Monopol in dieser Technologie gelockert.

Auf der Grundlage des „atoms for peace“-Programms organisierte die

UNO im August 1955 die erste Konferenz zur friedlichen Nutzung der Atomenergie, die in Genf stattfand. Sie hatte große Bedeutung für die zivile Atomenergienutzung. Hier gewährten sich die Atommächte das erste mal gegenseitig umfassende Einblicke in ihre Pläne zur Entwicklung der AKWs.

Großbritannien investierte am meisten in die Entwicklung der AKWs, so daß es auch schon in den 50er Jahren einen Vorsprung gegenüber den anderen Atommächten hatte. 1956 ging hier das erste AKW ans Netz. Heute beträgt der Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung 25%. In Frankreich verlief die Entwicklung anfangs langsamer, derzeit wird aber 76% des Stroms von AKWs erzeugt. (4)

Die Gründung der EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft) sicherte den Amerikanern wirtschaftliche und politische Einflußmöglichkeiten in Europa. Es begann der sogenannte AKW-Boom.



sich hinter dem „atoms for peace“-Programm verbarg, Deutschland sehr entgegen, so daß mit amerikanischer Hilfe bald eine nationale Atomindustrie aufgebaut werden konnte.

Allerdings war der Nachholbedarf der deutschen Kerntechnologie nicht ganz so groß, wie mensch annehmen möchte, da Erfahrungen aus der Zeit vor der Kapitulation vorhanden waren. Prof. Heisenberg z.B., der bis 1945 als Chef des deutschen Atombombenprogramms schon Erfahrungen gesammelt hatte, war nach dem Krieg bei der Entwicklung des ersten deutschen Forschungsreaktors in Karlsruhe beteiligt. Außerdem informierten sich deutsche Wissenschaftler auf Forschungsreisen in den USA und in England.

2.3.2 Der organisatorische und wissenschaftliche Rahmen

Schon im 1949 gegründeten „Deutschen Forschungsrat“ bestand eine „Kernphysikalische Kommission“, 1954 ist die „Physikalische Studiengesellschaft“ mit der Konstruktion des ersten deutschen Reaktors beauftragt worden. So mußte 1955 nicht von Null an angefangen werden. Dieser Gesellschaft gehörten Konzerne der atomwirtschaftlich relevanten Branchen an, wie z.B. Bayer, Wacker Chemie, Degussa, Demag, AEG, Siemens, Klöckner, Krupp, Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Rheinische Stahlwerke, Steinkohlen-elektrizitäts AG, MAN, Metallgesellschaft, Farbwerke Hoechst, Industriekreditbank Düsseldorf, Gutehoffnungshütte u.a. Im Sommer 1955 nahm die Bundesregierung an der Genfer Kon-

ferenz zur friedlichen Nutzung der Atomenergie teil. Am 26.1.1956 wurde die „Deutsche Atomkommission“ (DAtK) gegründet, die später zum „Atomforum“ wurde. Sie war das entscheidende Organ für die Entwicklung der Atomenergiepolitik. Ihr Vorsitzender, F.J. Strauß, der auch gleichzeitig Atomminister war, sah in der Atomforschung „ein Stück Wiedergewinnung von Rang und Geltung, eine Möglichkeit, auf dem Umweg über die Technik Politik wieder selber zu gestalten.“ (5) Das Atomministerium setzte die „Empfehlungen“ der DAtK auf Staatsebene durch und sorgte für die Bereitstellung der finanziellen Mittel. Auch die SPD stand der Atomenergie positiv gegenüber. Lagen die Interessen der Bundesregierung an der Atomtechnologie u.a. in der Option auf die Atombombe, so versprachen sich die Sozialdemokraten eine zweite industrielle Revolution, die „Wohlstand für alle“ mit sich bringen sollte.

Für die Entwicklung der Atomtechnologie wurde die Großforschung in Deutschland ins Leben gerufen, die vom Staat finanziert wurde. Sie startete mit der Jülicher Kernforschungsanlage und dem Kernforschungszentrum Karlsruhe, die beide 1956 gegründet wurden.

2.3.3 Atomwaffenverzicht ?

Der BRD war von den Siegermächten nur die friedliche Nutzung der Atomtechnologie erlaubt worden. Trotzdem hatte mensch hier schon früh Ambitionen, in Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Deutschlands einzige

Chance dazu bestand in europäischen Bündnissen, innerhalb derer mensch einen deutschen Zugriff auf Atomwaffen garantieren wollte („europäische Option“). Unter Adenauer ist es auch fast dazu gekommen. Als die Amerikaner ihre Truppenpräsen in Europa aus finanziellen Gründen verringerten, waren sich die französische, italienische und deutsche Regierung einig, daß mensch selbst Atombomben produzieren müsse, da auf die Amerikaner kein Verlaß mehr sei. Ende 1957 einigte mensch sich dazu, in einem Gemeinschaftsprojekt die A-Bombe herzustellen. Die Pläne wurden aber von de Gaulle gestrichen, nachdem er wieder in die französische Regierung einberufen wurde, da Frankreich seine eigene A-Bombe haben sollte. Auch in den Debatten um das deutsche Atomgesetz wollte die Bundesregierung eine Vorlage durchsetzen, mit der sie eine militärische Nutzung der Atomtechnologie offen halten wollte. Im Gesetz, das 1959 als „Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie“ verabschiedet wurde, sollte ursprünglich das Wort „friedlich“ fehlen. F. J. Strauß brachte im April 1956 einen entsprechenden Gesetzesentwurf für ein neues Atomgesetz ins Parlament ein. Es folgten Bundestagsdebatten, die sich über mehrere Jahre verschleppten, obwohl das Militärische Sicherheitsamt der Alliierten schon die erste Fassung kritisierte.

Der atomare Aufrüstungswunsch der Bundesregierung scheiterte am innen- und vor allem außenpolitischen Widerstand. Die Sache erübrigte sich auch fast, da Deutschland eh zum





Stützpunkt amerikanischer Atomwaffen wurde.

Die auferlegte Beschränkung, kein waffenfähiges Spaltmaterial produzieren zu dürfen, schlug aber in den Vorteil um, daß mensch sich in Deutschland voll und ganz auf die Effizienz der Atomkraftwerke hinsichtlich ihrer Energieproduktion konzentrieren konnte. In den anderen Staaten mußte dagegen noch das Kriterium der Produktion von verfügbarem waffenfähigem Material berücksichtigt werden, was zusätzliche Probleme mit sich brachte. (6)

2.3.4 wirtschaftliche Entwicklung ab 1956

Die Atomenergieentwicklung zwischen 1956 und 1962 ist durch eine immense staatliche Förderung gekennzeichnet. Die atomtechnische Entwicklung begann erst relativ langsam, d.h. daß der Entwicklungsrückstand gegenüber den anderen Atommächten nicht auf-

geholt werden konnte. In Zusammenarbeit mit amerikanischen Firmen kann aber eine nationale Atomindustrie aufgebaut werden. Schon Anfang der 60er Jahre entschied mensch, daß WAA notwendig sind. Dies geschah aus militärischen (Produktion von Plutonium) und wirtschaftlichen Motiven (Unabhängigkeit und Know-how).

Gegen Ende des Zeitraumes von 1963-67 kann der Rückstand aufgeholt werden. Grund dafür ist die gesteigerte staatliche Förderung und das 2. Atomprogramm, das sich im Gegensatz zum ersten auf Schwerpunkte in der atomtechnischen Entwicklung bezieht. Die Leichtwasserreaktoren (LWR) wurden konkurrenzfähig und haben sich gegenüber den Hochtemperaturreaktoren (HTR) durchgesetzt. Die Energieversorgungsunternehmen (EVU), die anfangs in der Atomenergie einen Konkurrenten sahen, sprachen sich jetzt für diese Technologie aus, da sie beim Bau von Reaktoren massiv vom Staat unterstützt wurden.

Im Zeitraum von 1968-72 steht die Konkurrenzfähigkeit der Reaktoren weiter im Vordergrund. die Energieversorgung spielt keine Rolle. Die Konkurrenzfähigkeit kann noch weiter ausgebaut werden, da die staatlichen Förderungen noch mal erhöht wurden und das 3. Atomprogramm sich wieder auf Schwerpunktbereiche konzentriert. Es erfolgen die ersten Bau- und Exportaufträge für LWRs. Die Entwicklung der WAAs hinkt noch hinter der übrigen Atomtechnologie hinterher, obwohl der Entwicklung des Brennstoffkreislaufes höhere Bedeutung zukommt. Siemens und AEG beherrschen über die Kraftwerkunion (KWU) die Entwicklung der LWRs und über Interatom die von Schnelle Brutreaktoren (SBR).

Im Zeitraum von 1973 -76 werden mit dem 4. Atomprogramm die Schwerpunkte unverändert beibehalten und die staatliche Förderung nimmt weiter zu. Mit der sogenannten „Ölkrise“ von 1973 und dem mit ihr verbundenen Preisanstieg von Öl kam der Atomenergie im Bereich der Energieversorgung eine größere Bedeutung zu als bisher. Die LWR wurden weiterhin subventioniert, was sich auf den Export deutscher Kerntechnologie auswirkte, der stark zunahm. Die SBR- und HTR-Entwicklung wurden erweitert. AEG zog sich aus dem Atomgeschäft zurück, so daß jetzt Siemens allein auf dem Gebiet der LWR, HTR und SBR den Ton angab/angibt. Technische Probleme und Unwirtschaftlichkeit sorgten 1974/75 dafür, daß sich die chemische Industrie als Bauherrin aus dem Bereich der WAA zurückzog. Auch die internationale Zusammenarbeit wurde erschwert. In diesem Zusammenhang entstand das integrierte Entsorgungskonzept als nationale Lösung, das vorsah, sämtliche Anlagenteile der Aufarbeitung in einem integrierten System an einem Standort zusammenzufassen. Die Konzepte der WAA lagen zwischenzeitlich still, was u.a. an dem Unfall von Harrisburgh und am Widerstand in der Bevölkerung lag. Ende '79 griff mensch aber wieder auf dieses Konzept zurück, und es wurde viel Geld investiert. Der Grund dafür lag darin, daß Deutschland gegenüber der USA in der LWR-Technik hinterherhinkte, so daß nur über Lizenzen in diese Märkte eingedrungen werden konnte. Mit der WAA erhoffte mensch



sich neue Marktanteile. Mittlerweile ist dazu übergegangen worden, den Müll lieber im Ausland aufarbeiten zu lassen.

Die Entwicklung verlief in Deutschland also etwas anders als in den anderen Nationen: hier stand die „friedliche“ Nutzung der Kernenergie im Vordergrund, was anderes auch gar nicht möglich war. Deutschland erhoffte sich größere Unabhängigkeit und Wettbewerbsvorteile durch billigen Strom und Export von Technologie. Darüber hinaus ließ mensch die militärische Nutzung der Atomenergie nie aus den Augen.

2.3.5 Aktuelle Situation:

Mit der Genehmigung des Baus des Forschungsreaktors in Garching entschied sich die Bundesregierung für ein Projekt, in dem nur mit waffenfähigem Uran (HEU) gearbeitet wird, obwohl sich waffenuntaugliches Uran genauso gut eignen würde. Hier wird deutlich, daß sich die BRD die Möglichkeit der Atomwaffenproduktion offen lassen will und das sie jetzt selbst an deren Erforschung bzw. Weiterentwicklung arbeitet. Damit emanzipiert sich die BRD gegenüber den USA, die auf diesem Gebiet eine Monopolstellung inne hatten und dementsprechend sensibel auf dieses Unternehmen reagierten. Garching soll den Besitz von waffenfähigem HEU rechtfertigen. Bisher geschah dies durch die Hochtemperaturreaktoren in Hamm und der MOX-Fertigungshalle in Hanau. Beide Projekte sind mittlerweile aber eingestellt, so daß ein neues Argument den

Besitz von waffenfähigem Material rechtfertigen sollte. Dies ist mit Garching geschehen. Auch die Planungen, die Ausrüstung des nie in Betrieb genommenen Hanauer Siemens-Brennelementwerkes von deutschen und französischen Firmen in russische Anlagen einbauen zu lassen, läßt die Option auf waffenfähiges Plutonium wieder akut werden, nachdem Pläne gescheitert sind, russisches Plutonium in Hanau selbst zu verarbeiten.

Wie sieht es heute mit dem Geschäft mit der Atomindustrie aus? Der Konjunkturmehrpunkt ist schon lange überschritten. Außerdem beeinträchtigen drei Faktoren den „Vorsprung“ der Kernkraft: erstens sind die Preise für die fossilen Konkurrenten (Importkohle, Erdgas) gefallen, zweitens gilt dies auch für die Investitionskosten für konventionelle Kraftwerke und drittens sind die Kosten für den Betrieb und die Instandhaltung der älteren Atomreaktoren gestiegen. Siemens/KWO erhielt vor 14 Jahren den letzten Auftrag für einen Reaktorbau und bis 2005 ist mit keiner neuen AKW-Bestellung zu rechnen. (7) Auch werden die Schwerpunkte in der Großforschung, die bis jetzt von der Kernforschung dominiert wurde, anders gesetzt bzw. aufgeteilt. Dort will mensch sich künftig auf Umweltforschung konzentrieren (Verkehr, Kreislaufwirtschaft, Molekularbiologie). Aber auch die Kernfusion spielt hier eine Rolle.

Trotzdem wird in Europa, Amerika und Japan an einer neuen Reaktorgeneration gebaut. Die Motivation dafür besteht darin, mit sichereren Reaktortypen die skeptisch geworde-

nen Öffentlichkeit zu beruhigen. Gleichzeitig müssen diese Reaktoren natürlich wirtschaftlich sein. Daß es dabei aber in erster Linie um das Know-how geht, daß mensch sich erhalten will, macht die Äußerung über die energiewirtschaftliche Notwendigkeit einer neuen Reaktorgeneration deutlich:

„Einen energiewirtschaftlichen Bedarf gebe es in absehbarer Zeit nicht (...). Sollte in den nächsten 10 Jahren mit dem Bau eines fortgeschrittenen Reaktors begonnen werden, wäre dies eine ausschließlich politische Forderung.“ (8)

Siemens stellt die baureifen Konzepte bereit, im wesentlichen gehe es aber um die „Erhaltung der Fachkompetenz“ (9). Und die ist in der internationalen Konkurrenz besonders wichtig, da sie über die Exportchancen deutscher Technologie entscheidet.

Trotz des fehlenden energiewirtschaftlichen Bedarfs läuft das Geschäft mit der Atomenergie für die Unternehmen. Immerhin fuhr Siemens seine größten Gewinnzuwächse 1995 aus dem Bereich der Atomwirtschaft ein. (10)

Die Situation in der Atomwirtschaft hat sich also nur verändert. Anfangs ging es um den schnellstmöglichen Aufbau einer Atomwirtschaft, da mensch im internationalen Maßstab nicht zurückbleiben wollte. Deutschland verfügt mittlerweile über ein atomares Know-how und kann mit den vorhandenen Kapazitäten kalkulieren. Bei dieser Entwicklung und auf Grund der neuen Situation sind diverse Projekte überflüssig geworden, so daß





von ihnen Abstand genommen wurde (Bsp. der Schnelle Brüder). So ist die Notwendigkeit einer eigenen Plutoniumwirtschaft in Deutschland hinfällig, da im Rahmen der Europäisierung diese Aufgaben jetzt von den Nachbarstaaten erledigt werden. Die politischen Perspektiven des Atomgeschäfts liegen heute also deutlich in der Europäisierung.

2.3.6 Atomtechnologie im Rahmen der Europäischen Union

Die veränderte Situation bedeute also keineswegs, daß die Atomkraft am Ende ist. Die Ernüchterungen über die mageren Geschäftsaussichten auf Grund des fehlenden Bedarfs führte zu einer Konzentration des Kapitals im europäischen Rahmen. Ein Beispiel dafür ist das oben erwähnte deutsch-französische Projekt EPR. Es wird so eine europäische Arbeitsteilung angestrebt, die z.B. für Deutschland den Vorteil bringt, daß Teile des atomaren Komplexes, von denen mensch hier Abstand genommen hat, in andere europäische Länder verlegt werden können, wie dies bereits mit den WAA der Fall ist. Auch die BetreiberInnen sehen in der Europäisierung die Chance:

„Die Antwort (auf die veränderten Marktgegebenheiten) kann nur in einer kooperativen Zusammenarbeit oder in Fusionen zwischen europäischen Herstellern bestehen, mit dem Ziel, in Europa lebensfähige und solide Strukturen zu erhalten oder zu schaffen, die im hart umkämpften

Weltmarkt mit Japanern oder Amerikanern konkurrieren können.“ (11)

Auch mit Blick auf die atomare Abschreckung hat die europäische Zusammenarbeit eine gewisse Tradition, da sie sich mit Frankreich und Italien schon in den 50er Jahren angebahnt hat. Auch das Abkommen von Nürnberg vom Dezember 1996, in dem Frankreich und Deutschland versuchten, sich auf eine gemeinsame Rolle der Abschreckung im Kontext der europäischen Verteidigung zu einigen, zeigt, daß sich Europa gemeinsam den amerikanischen Bestrebungen, die Verbreitung von waffentauglichem Material einzudämmen, widersetzt. Dabei spielt die EURATOM eine bedeutende Rolle, da die Unterstellung der Spaltstoffe unter europäischer Aufsicht einer Befreiung von amerikanischen Kontrollbedürfnissen gleichkommt. Hier kann die BRD wesentlich über den Umgang mit Spaltstoffen mitentscheiden. Die EURATOM leistet auch Rückendeckung für den Betrieb des Garchingener Forschungsreaktors.

Um die Nachfrage nach Stromproduktionen zu erhöhen, soll der Strommarkt liberalisiert werden, um so die national organisierten Märkte zu öffnen und europäisch zu erweitern. Wurden anfangs extra staatlich organisierte Monopolstrukturen geschaffen, um dem energiepolitischen Notstand zuvorzukommen, können die europäischen Stromunternehmen nun europaweit konkurrieren, da in allen Nationen bereits Überkapazitäten produziert werden.

2.3.7 Deutsches Energiewirtschaftsgesetz und Monopole

Das Energiewirtschaftsgesetz wurde 1935 im nationalsozialistischen Deutschland realisiert. Es diente der Zusammenfassung und Sicherung der nationalen Kräfte zwecks Kriegsvorbereitung, oder wie es der damalige Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht ausdrückte:

„Der eine (Grundgedanke) ist die möglichste Billigkeit und der andere die möglichste Sicherheit der Versorgung mit elektrischer Energie.“ (12)

Das gilt auch heute noch uneingeschränkt, lediglich dient dieser Grundgedanke keinem Expansionskrieg wie damals, sondern läuft auf das Bestehen deutscher Industrie auf dem Weltmarkt hinaus. Mittels diesen Gesetzes sorgt der Staat dafür, daß das nationale und wirtschaftliche Interesse an billiger Stromversorgung mit berücksichtigt wird genauso wie das Profitinteresse der Stromproduzenten. Dafür hat er sich einen „regulierten Energiemarkt“ eingerichtet, wo das private Kapital staatlicher Aufsicht unterstellt ist (z.B. beim Bau und der Schließung von Energieanlagen, allgemeinen Anschluß- und Versorgungspflicht, und bei der Preisgestaltung). Die EVU konnten sich dafür den Markt aufteilen, indem sie ihre Versorgungsgebiete durch Demarkationsverträge abgesteckt haben. So sorgte der Staat auf dem Energiemarkt für eine für diese Zwecke erforderliche Konzentration



2.3.8 Fazit:

Fakt ist also, daß die militärische Nutzung an erster Stelle stand und sie den Ausschlag für die Entwicklung der AKWs gab. Ohne sie hätte mensch erst gar nicht mit dieser extrem kostenaufwendigen Technologie angefangen. Die Energieproduktion stellte sich eher als Nebenprodukt dar. Die Entscheidung zur friedlichen Nutzung der Atomenergie war eine rein politische Entscheidung, an der wirtschaftliche Kräfte (EVU) sich nicht beteiligt haben. Die EVU hatten zunächst kein Interesse an AKWs, da ein energiewirtschaftlicher Bedarf nicht bestand und sie nicht bereit waren, in diese entwicklungsbedürftige Technologie zu investieren. Erst durch staatliche Forcierung dieser Technologieentwicklung ließen sie sich darauf ein. Durch ihre marktwirtschaftliche Verwertung entstand ein neuer Weltmarkt für Spaltprodukte. Die militärische Funktion ist auch der Grund dafür, daß der Staat immer noch an dieser Technologie festhält. Die BRD stellte da anfangs eine Ausnahme dar, da ihr nur die friedliche Nutzung der Atomkraft erlaubt war. Dabei verlor mensch natürlich die Option auf die A-Bombe nie aus den Augen (z.B. spielte schon beim ersten Forschungsreaktor in Karlsruhe der Erwerb von Plutonium eine große Rolle, obwohl er gänzlich ungeeignet für den friedlichen Gebrauch war).

Es stellt sich daher die Frage, was der Staat für ein Interesse an der militärischen Nutzung hat.

des Kapitals und für Monopole, die die Energieversorgung sichern. Diese Monopolstrukturen will der Bundeswirtschaftsminister Rexrodt neuerdings angeblich knacken, da der deutsche Industriestrom im europäischen Vergleich zu teuer ist, was sich als Standortnachteil auswirkt. Deshalb drängt Rexrodt auf eine Novellierung des Energierechts und der EU-Binnenmarkttrichtlinien. Die EVU sollen sich nicht mehr die Versorgungsgebiete aufteilen können. Durch eine Erleichterung der Errichtung konkurrierender Netze will mensch den Unternehmen ermöglichen, sich den billigsten Stromanbieter aussuchen zu können und dabei auch ausländischen Strom mit einzubeziehen (wobei mensch besonders an Frankreichs billigen Atomstrom denkt). Diese Politik wird als „brancheninterner Wettbewerb“ angepriesen. Bei der Schaffung der neuen Konkurrenzsituation ging es darum, einen Standortnachteil für die deutsche Industrie auszugleichen. Mit der vorherigen Politik wurde dafür gesorgt, daß deutsche Konzerne auch im europaweiten Wettbewerb zu den Gewinnern der Konkurrenz zählen können. (13) Die indirekte Aufforderung in der Calcül zur Einführung eines gerechten Wettbewerbs mit gleich starken Konkurrenten („Entflechtung der Verbundkonzerne und eine dezentrale Stromversorgung“- Calcül Nr. 5, S. 14) mißachtet zum einen die Stellung der Energieproduktion in einem kapitalistischen Staat, der die Herausbildung von Monopolen forciert, um die derzeitige und künftige Sicherung des Energiebedarfs gewährleistet zu sehen. Auf Grund dieser Sonderstellung kann

mensch die normalen Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise nicht immer auf die Energiewirtschaft beziehen. Zum anderen ist die Konzentration von Kapital, die zu Monopolen führen kann, gerade das Resultat einer Konkurrenz: die Monopole können sich in ihr am besten behaupten.

Die Dienstverpflichtung des nationalen Kapitals und der staatliche Dienst am Profit bedingen sich also gegenseitig. So verwundert es auch nicht, daß die EVU trotz diverser milliardenschwerer Investitionsruinen (z.B. der Schnelle Brüter in Uentrop, WAA Wackersdorf u.a.) immer noch Gewinne einfahren. Diese Risiken übernimmt der Staat, er macht aus den Problemen, die sich mit der Atomenergienutzung ergeben, profitable Geschäftschancen für Unternehmen.



3. Wozu braucht der Staat die Bombe?



3.1 Eine kurze Analyse der Staatenkonkurrenz

Im bürgerlichen Staat ist die gesamte Gesellschaft Mittel der Kapitalakkumulation, d.h., alle gesellschaftlichen Bereiche werden an dem Kriterium des wirtschaftlichen Wachstums gemessen. Eine florierende Ökonomie ist nun mal Voraussetzung und Bestandteil nationalen Erfolgs. Und der ist wichtig bei der internationalen Konkurrenz mit anderen Nationalstaaten. Der Staat stößt jetzt aber bei der Vermehrung seines nationalen Reichtums an die Grenze, die ihm dadurch gegeben ist, daß die Wirtschaft nur die Menschen und Rohstoffe für die Ökonomie verwenden kann, die sich unter dem Gewaltmonopol des Staates, also in seinem Herrschaftsgebiet befinden. Da aber die Mittel zum Wachstum der hiesigen Ökonomie nicht nur auf die nationalen Reichtümer beschränkt sein sollen (von diesen Reichtümern gibt es bekanntlich zu wenige...), ist es notwendig, fremde Herrschaftsgebiete als Quelle der nationalen Reichtumsvermehrung zu nutzen. Der Staat muß, um seinem Kapital eine neue Sphäre der Akkumulation zu erschließen, seine staatliche Gewalt über sein Territorium hinaus ausdehnen.

Dazu erkennt er den anderen Staat an und geht so ein Rechtsverhältnis mit ihm ein. Der Staat setzt Bedingungen durch die Außenhandels- und Währungspolitik, so daß sich der Handel für die nationale Wirtschaft auch lohnt

(immerhin will er ja eine bessere Kapitalakkumulation erreichen). In dem Maße, in dem sich der eine Staat bereichert, schädigt er den anderen, dessen Brauchbarkeit abnimmt (z.B. auf Grund von Zahlungsunfähigkeit). Der sieht sich jetzt einigen „Sachzwängen“ ausgesetzt, die der erstere Staat für sich ausnutzt. Er erpreßt den anderen Staat mit dem Argument: wenn du weiterhin an der Herrschaftsausübung über dein Territorium interessiert bist, muß auch deine Ökonomie weiter funktionieren, und zwar nach den Maßstäben, die wir dir über den Weltmarkt setzen. Dann werden dem betroffenen Staat freundliche Hilfsdienste angeboten, die seinen Markt wieder auf die Bedürfnisse des Weltmarktes zuschneiden sollen.

Der Weltmarkt ist also für diejenigen, die ihn für ihr Kapital einrichten, eine tolle Einrichtung zur nationalen Bereicherung zu sein, während andere sich diesen Bedingungen, die für sie

nicht gerade Vorteile bringen, beugen müssen. Es liegt also ein Gewalt- und Erpressungsverhältnis vor. Der Staat, der die Bedingungen des Weltmarktes (meistens nicht alleine, sondern mit anderen Staaten zusammen) setzt, braucht zur Absicherung seiner Erpressung militärische Gewalt. Sonst wäre eine Erpressung ja ziemlich witzlos, es würde sich keiner seinen Bedingungen unterwerfen. Er braucht also ein Drohpotential in Form von Militär, das er im Falle einer Verletzung seiner außenpolitischen Interessen einsetzt. Dazu kommt es natürlich nur in extremen Situationen. Vorher steht die Diplomatie, die aber auch erst auf Grund der militärischen Drohung ihre Wirkung erzielt. Die Atombombe eignet sich als Drohpotential sehr gut, immerhin kann mensch mit den vorhandenen Nuklearwaffen den gesamten Erdball locker ein paar mal in die Luft sprengen. Dieser Zusammenhang zwischen der Kernenergie und ihrem



Zweck (die Fähigkeit zur Produktion der Atombombe) und dem Zweck der Nuklearwaffen (die Aufrechterhaltung der Weltordnung) wird in vielen Anti-AKW-Publikationen erst gar nicht genannt oder kommt zu kurz.

3.2 ...bezogen auf die Situation nach dem 2. Weltkrieg

Die militärische Überlegenheit (durch den Alleinbesitz der Atombombe) und die wirtschaftliche Überlegenheit (als einziges Industrieland mit intakten Industrieanlagen) nach dem zweiten Weltkrieg machten es der USA möglich, einen Weltmarkt nach ihren Vorstellungen einzurichten. In ökonomischer Absicht geschah dies als Absatzmarkt. Die zusätzliche militärische Absicht bestand darin, den europäischen Staaten die Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Erholung zu geben, damit diese als Bündnispartner gegen den gemeinsamen Feind, die UdSSR, brauchbar seien.

Das taten sie dann auch, indem sie der Wirtschaft sogar im Nachkriegsdeutschland wieder auf die Sprünge halfen und so ihrem Kapital eine neue Sphäre der Akkumulation erschlossen haben. Denn nur eine gut laufende Wirtschaft macht es einem Staat möglich, sich eine verteidigungsfähige Armee ins Land zu stellen. Und darauf kam es den Amerikanern besonders an. Immerhin gab es auch Pläne, aus Deutschland ein Ackerland werden zu lassen (Morgenthau-Plan), was sich

ökonomisch und militärisch für sie nicht ausgezeichnet hätte. (...)

Um eine – wenigstens teilweise – selbständige Politik als Regional- oder Großmacht verfolgen zu können, zogen seither andere ambitionierte Nationen mit der Entwicklung und dem Bau der Atombombe nach. Auch in ihrem nationalen Interesse liegt es, bei der Aufsicht über die freie Welt bzw. deren Aufteilung mitzumischen. Daß sich Atombomben auch für sogenannte unterentwickelte Länder eignen, ihre Interessen regional mit Drohpotential zu unterstützen, zeigt sich in Konflikt zwischen Indien und Pakistan, wo Indien schon im Besitz einer Atombombe ist, und Pakistan daran rumbaut.

Die Macht wird aber nicht nur durch Atomwaffen garantiert. An erster Stelle steht natürlich die Diplomatie, und um diese wirksam gestalten zu können, hat mensch im Hintergrund als Drohpotential die Atomwaffen rumstehen. Dabei kommt es auch nicht auf die Größe der Atomwaffen an. (14) Vielmehr hat die USA bspw. für jede Eskalationsstufe verschiedene Waffen, wobei die Atomwaffen die höchste Eskalationsstufe darstellen.

Für die BRD ergibt sich da eine ganz besondere Position. Ihr Druckmittel besteht in der Möglichkeit zur A-Waffenproduktion, auf die mensch auch verdammt stolz ist. Bei den Verhandlungen über die unbefristete Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages erklärte H. Kohl:

„...was wir machen, ist besonders wichtig: denn wir können zwar, aber wir wollen nicht! Und das ist die

stärkste Verhandlungsposition, die man haben kann.“ (15)

Mit Hilfe des Atomwaffensperrvertrages, der am 1.7.1968 unterzeichnet wurde, sollte die Verbreitung von Atomwaffen verhindert werden. Das lag im Interesse der USA, da ihr eigenes Atomwaffenarsenal blöd dagestanden hätte, wenn fast alle Nationen Nuklearwaffen besitzen würden. Die atomaren „Schwellenländer“ (Indien, Pakistan, Israel) sind damals auch nicht beigetreten. (16) Außerdem sollt interessierten Ländern der Einstieg in die friedliche Nutzung der Atomenergie erleichtert werden. Das war einerseits vielleicht eine Art Entschädigung dafür, daß sie jetzt keine A-Waffen bauen durften, andererseits kauften diese Staaten amerikanische Technologie, so daß sie auch in Zukunft Geschäftspartner bleiben, und die USA hatte so eine gewisse Kontrolle über diese Länder. Dieser Vertrag sichert also den klassischen Atomwaffenstaaten ihre Monopolstellung. (17) Die gleiche Motivation der Amerikaner besteht hinsichtlich der Atomwaffentestverbote: diese werden gefordert, weil die USA mittlerweile in der Lage ist, auf Grund von Computersimulationen auf sie zu verzichten und so den anderen Staaten die Möglichkeit der Erforschung zu verbauen.





4. Das Verhältnis Staat – Ökonomie

Wie die historische Entwicklung schon deutlich gemacht hat, geht die Atomindustrie auf die Kenntnisse zur Herstellung der Atombombe zurück. Man brauchte sie zur Herstellung des Bombenstoffes, daneben warfen sie noch eine Menge Energie ab. Es entstand die Atomwirtschaft, in der die Kenntnisse auf diesem Gebiet marktwirtschaftlich verwertet wurden. Sie wurde massiv vom Staat subventioniert, da mensch sich durch die Erschließung neuer Märkte (die auf Grund der neuen Technik offen standen) Extraprofite erhoffte. Dabei ging der Staat nach den für einen kapitalistischen Staat üblichen Kriterien vor, die wir im folgenden kurz darstellen und mit der Entwicklung der Atomindustrie vergleichen.

4.1 Eine kurze Staatsanalyse

Der bürgerliche Staat hat auf Grund der Staatenkonkurrenz ein Interesse daran, daß seine Wirtschaft und seine Untertanen gut in Schuß sind. Die „gesunde“ Ökonomie ist Voraussetzung und Bedingung für seinen nationalen Erfolg. Deshalb richtet er die Verhältnisse so ein, daß das Kapital akkumulieren kann und so den nationalen Reichtum vermehrt. Gleichzeitig muß er den KapitalistInnen die Grenzen zeigen, damit nicht seine Bevölkerung und sonstigen Ressourcen verheizt werden. Daran haben auch die KapitalistInnen ein Interesse, immerhin sind sie auf die Existenz benutzbarer Ar-

beitskräfte angewiesen. Der Staat handelt also als „ideeller Gesamtkapitalist“ und vertritt somit die Interessen des Kapitals.

Er garantiert das Eigentum an Produktionsmitteln und muß die daraus folgenden Konsequenzen als Sachzwänge hinnehmen. Für seine Funktionen als ideeller Gesamtkapitalist muß er der Gesellschaft Geld (in Form von Steuern) entziehen. Dieses fehlt dort für die Kapitalakkumulation, und somit beeinträchtigt er seine Ökonomie, auf deren Wohlergehen er angewiesen ist. Die Dienste des Staates haben also im wirtschaftlichen Erfolg seiner Untertanen ihren Zweck, ihre Grundlage und ihre Grenze. Andererseits sind die staatlichen Dienste durchaus notwendig. Ihm stehen auf dieser Grundlage nur begrenzte Mittel zur Verfügung, weshalb er beständig versucht, sie zu überschreiten – es kommt zur Staatsverschuldung. Der Staat ist außerdem bestrebt, seine Aufgaben zu vermindern (einerseits durch Privatisierungen

von Institutionen, die konkurrenzfähig gemacht worden sind – Bsp. Deutsche Bahn AG – und andererseits durch Einsparungen in sozialpolitischen Bereichen, die dem Kapital im Wege stehen) und seine Einnahmen zu erhöhen. Deshalb unterwirft er alle gesellschaftlichen Bereiche dem Kriterium des wirtschaftlichen Wachstums. Ein weiteres Mittel zur Vermehrung der Einnahmen ist, dem heimischen Kapital neue Absatzmärkte außerhalb des staatlichen Territoriums zur Verfügung zu stellen (s. oben).

Noch mal zum ideellen Gesamtkapitalisten: der Staat muß also einerseits dafür sorgen, daß das Kapital akkumulieren kann, andererseits muß er verhindern, daß das Kapital seine eigenen Grundlagen zerstört. Er sieht aber in den Leistungen für das Kapital ein Mittel zur Erreichung eines ökonomischen Optimums, in den Leistungen für die Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung hingegen eine den Reichtum schmälernde Maßnahme.





4.2 ...bezogen auf die Atomindustrie

So war es auch bei der Atomindustrie: die hohen Subventionen für die Atomtechnologie sollten diese für den Weltmarkt fit machen. Da die Entwicklung noch in den Kinderschuhen steckte, waren riesige Investitionen notwendig, die die Industrie nicht aufbringen konnte/wollte. Also sprang der Staat ein. Man erhoffte sich durch die Atomindustrie eine Ausdehnung der Weltmarktanteile. Dies sollte einerseits dadurch erreicht werden, daß die nationalen Einzelkapitale durch den billigen Atomstrom und den so niedrigeren Energiekosten einen Konkurrenzvorteil auf dem Weltmarkt haben. Andererseits sollte durch das Know-how diese Technologie für andere Nationen bereitgestellt werden. So kam dann auch die etwas naive Rechnung zustande: billiger Atomstrom und Know-how führen zu Wettbewerbsvorteilen und schaffen dadurch neue Arbeitsplätze. Daß es mit der Atomindustrie dann nicht so gelaufen ist, wie mensch es sich vorgestellt hatte, hatte verschiedene Gründe: zum einen hat mensch sich sicherlich über die Kosten, die damit zusammenhängen, verschätzt. Dabei spielt die Tatsache eine Rolle, daß es sich um eine neue Technologie handelte, mit der noch keine Erfahrungen gemacht wurden, und die zudem noch auf Grund des Konkurrenzdruckes übereilt angewandt wurde. Zum anderen ging mensch auch von einer falschen Vorstellung über die Energiever-

brauchsentwicklung aus. Inwieweit diese Prognosen absichtlich manipuliert wurden, so daß ein riesiger Energiebedarf herauskommt, der AKWs notwendig erscheinen läßt, ist für die ersten Jahre der Entwicklung dieser Technologie nicht so einfach zu sagen, wie es später der Fall war. Auf jeden Fall ging mensch Mitte der 50er Jahre auf Grund der Energieversorgungslage (Kohle war Mangelware) von einer Energieversorgungslücke aus, wie sie allen westeuropäischen Ländern vorhergesehen wurde. Mittlerweile sprechen die Fakten gegen dieses Argument. Trotzdem wird es immer noch verwendet. Es spielt für uns aber auch erst mal keine Rolle, da hier allein die Motivation zum Ausbau der Kernenergie zeigen sollte, was der Staat mit ihr bezweckt. Auf internationaler Ebene versprach diese Technologie nur Vorteile, da in der Regel die Nationen, die die nötigen Kapazitäten zur Produktion von Atomanlagen nicht ha-

ben, diese dann bei den Anbietern einkaufen, um den Konkurrenznachteil, der durch den billigen Atomstrom und der Verdrängung anderer Energiequellen zustande kam, wieder wett zu machen. So war die Nachfrage nach dieser Technologie eigentlich gesichert.

Auf internationaler Ebene spielte natürlich die Konkurrenz der beiden Weltsysteme eine wichtige Rolle. Der Ost-West-Konflikt war der Hauptantrieb für die atomare Aufrüstung in der Nachkriegszeit. Der Antikommunismus hatte oberste Priorität. Das ging soweit, daß die USA sogar die atomare Aufrüstung der Bundeswehr befürworteten. (18) Die BRD hatte auf Grund ihrer geographischen Lage eine besondere Bedeutung als Bollwerk gegen den Kommunismus. Die Verteidigungspläne, die von der Bundesregierung unterstützt wurden, sahen im Falle einer sowjetischen Expansion die atomare Einäscherung der BRD vor (19) – soviel Rücksichtslosigkeit gegenüber dem



deutschen Vaterland ist schon verwunderlich für einen Staat, der die Rechtsnachfolge des III. Reiches antrat. Dieser Umstand trieb ja auch bekanntlich einige rechtskonservative Nationalisten in die Anti-AKW-Bewegung und zu den Grünen.

Aber auch innerhalb der nationalen Ökonomie waren atomwirtschaftlich relevante Branchen (Elektro-, Chemie-, Maschinenbau- und Metallindustrie) an billigem Atomstrom bzw. an den Bauaufträgen interessiert, ebenso die Energieversorgungsunternehmen und Branchen, die nicht unmittelbar an der Atomwirtschaft beteiligt sind, aber vom staatlich subventionierten billigen Strom profitieren wollten. Die Atomwirtschaft betraf also weite Teile der deutschen Industrie, oder, um es in den Worten des damaligen Atomministers Balke auszudrücken:

„Wenn wir keine Kernkraftwerke anbieten haben, werden wir eines Tages auch keine Staubsauger mehr verkaufen können“. (20)

Die Atomwirtschaft war auch auf Grund des kalten Krieges eine zukunftssträngige Technologie, da die meisten Industriestaaten an ihrer Entwicklung beteiligt waren, um sich so das atomare Abschreckungspotential zu sichern und. So bestand also immer ein Markt für diese Technologie. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Ideal der Autarkie. Mensch wollte von den erdöl-exportierenden Ländern unabhängiger werden, indem mit der Atomindustrie ein weiteres Standbein in der Energie-

versorgung angeschafft wurde. Es ging anfangs nunmal um eine Zukunftstechnologie (das bildete mensch sich zumindest ein), und da durfte Deutschland den Anschluß nicht verpassen.

Neben dem wirtschaftlichen Aspekt wollte mensch das politische Gewicht durch die atomaren Kapazitäten sichern bzw. ausbauen. Von den angeblich mageren Geschäftsaussichten unabhängig bleibt die Bedeutung zum Bau der Atombombe weiter bestehen, weshalb an dieser Technologie festgehalten wird. Das tritt in Deutschland am Beispiel Garching ganz klar zu Tage. Deshalb ist es auch kein Wunder, daß der Staat sich herzlich wenig um die Interessen der Bevölkerung in Gorleben kümmert, die mit den Folgen der Technologie zu leben haben.

4.3 Die Rolle der Energieversorgung

Die Energieversorgung nimmt bei den staatlichen Geschäften eine Sonderstellung ein, da von ihr das ganze heimische Wirtschaftsleben abhängt. Die Energieversorgung muß also nicht nur hergestellt werden, sie muß vor allem auch auf längere Sicht gesichert sein.

Deshalb will der Staat so weit wie möglich unabhängig von einzelnen Energiequellen sein, insofern verfolgt er das Ideal der Autarkie. Bei der Erreichung dieses Ziels stößt er allerdings auf Beschränkungen; die Grenzen der Reichweite seiner Gewalt. Die für eine Industrienation lebens-

wichtige Energieversorgung hängt von den Geschäftsbedingungen ab, die er mit den Erdöl- und Erdgasexportierenden Nationen in bezug auf die Energielieferung hat. Da diese Länder für den Erfolg der Industrienationen wichtig sind, wird politischer (und eben manchmal auch militärischer) Einfluß auf sie ausgeübt, um die Verfügungsrechte über ihre Energiequellen zu garantieren (deshalb auch die Sorge um die politische Stabilität im Nahen Osten).

Der Atomenergie kommt so eine bedeutende Rolle zu, da mensch durch sie von den anderen Energiequellen unabhängiger wurde und so mehr Verfügungsfreiheit erreichte. Sie dient so als drittes Standbein in der Energieversorgung.



5. Kritik an den AtomkraftgegnerInnen



Eine Erklärung für das Weiterbestehen dieser Technologie haben die AKW-GegnerInnen entweder gar nicht (dann appellieren sie an das „Verantwortungsbewußtsein“ der PolitikerInnen, doch endlich die Finger von dieser gefährlichen Technologie zu lassen) oder sie entwerfen Verschwörungstheorien, nach denen ein paar profitgierige Geschäftemacher auf unsere Kosten ihren Reibach machen.

Dementsprechend fällt auch die Kritik dieser AKW-GegnerInnen aus: sie sehen in der ganzen Atomtechnologie einen einzigen Skandal. Von dem Uranbergbau bis hin zur Entsorgung entdecken sie auf einmal eine rassistische, imperialistische usw. Umgehensweise des Staates mit den Menschen. Daß dies auch der Fall ist, ist gar nicht zu bestreiten, nur daß es eben für diesen Staat nichts ungewöhnliches ist, so mit den Leuten umzuspringen. Bei der Atomtechnologie kommt nun mal eine nationale kapitalistische Vernunft zum Zuge, was wir im Folgenden an Hand unserer Kritik an der Kritik der AKW-GegnerInnen verdeutlichen wollen:

5.1 Uranbergbau

„Nicht nur in Nordamerika, Afrika und Australien fallen dem Uranbergbau (Ur-) Einwohner und deren Land zum Opfer, auch in Deutschland mußten die damaligen DDR-Behörden in Sachsen und Thüringen über 7000 Lungenkrebsfälle als Berufskrankheit von Uranbergarbeitern anerkennen.“ (21)

Dieses Argument nun gerade speziell gegen die Atomtechnologie ins Felde zu führen, ist etwas unpassend, da sich diese Vorgehensweise bei den meisten Rohstoffgewinnungen und allgemein in der hiesigen Ökonomie beobachten läßt. Da ist es nicht die Radioaktivität, die bei den ArbeitnehmerInnen die „Berufskrankheiten“ hervorrufen, sondern andere Giftstoffe, denen die ArbeitnehmerInnen ausgesetzt sind. Die Staublunge z.B. ist die entsprechende Berufskrankheit bei KohlebergarbeiterInnen, Bandscheibenschäden gehören zu den LKW-FahrerInnen usw. Die Palette der Beispiele ließe sich noch beliebig verlängern.

5.2 Betrieb von AKWs und Zwischenfällen

„Atomtechnologie ist riskant. Tschernobyl, der Beinahe-Gau in Harrisburgh, die Unfälle im Schnellen

Brüter in Japan, die Betriebsunfälle in Biblis etc. beweisen: der Mensch beherrscht diese Technologie nicht. Weder gelingt es, im Normalbetrieb das Entweichen von Strahlung zu verhindern, wie in La Hague oder Sellafield, noch kann eine Reaktorschmelze durch Außeneinwirkung (Flugzeugabstürze, Terrorismus usw.) oder das Versagen der Sicherheitssysteme ausgeschlossen werden. (...) Reaktorunfälle und Strahlung im Normalbetrieb stellen die mögliche Gefahr der Atomkraft dar. Das „Restrisiko“ wird dabei ständig verniedlicht und heruntergeredet.“ (22)

Daß die Atomtechnologie riskant ist, dürfte auch den BefürworterInnen klar sein. Interessant ist dann aber doch, warum diese Technologie existiert und an ihr weiter festgehalten wird. Bei der Analyse der Motivation zum AKW-Bau kann mensch schnell feststellen, daß der Staat hier wie mit anderen zukunfts-





strächtigen Technologien verfährt (nur daß der Aspekt der Energieversorgung, auf der die gesamte Industrie basiert, sie noch wichtiger werden läßt): die Kernkraftwerke stellten anfangs eine staatlich abgesicherte nationale Wachstumsindustrie dar, die an die internationale Konkurrenz angepaßt werden mußte. Die BetreiberInnen von AKWs machten also wie bei jedem anderen Unternehmen auch ihre betriebswirtschaftliche Rechnung, d.h. sie versuchten natürlich bei geringst möglichen Kosten den größtmöglichen Profit (also Output an Energie) zu erlangen. Dabei ist ihnen erst einmal völlig egal, ob die Sicherheitsauflagen reichen, solange sie nicht dazu verpflichtet sind. Das spiegelt sich unter anderem in der Risikoökonomie wieder. Diese dient den AKW-BetreiberInnen einerseits dazu, eventuelle Sicherheitsanlagen, die überflüssig erscheinen, einzusparen, andererseits stellt sie ein Alibi für den Betrieb dar, indem sie die Bevölkerung beruhigt. Sie dient also nicht der Aufdeckung von Sicherheitsmängeln, sondern soll in Gegenteil den risikvollen Betrieb von AKWs als sicher darstellen und ihn so vor öffentlicher Kritik legitimieren. Nicht die verschiedenen Unfalltypen eines Atomreaktors bestimmen den technischen und finanziellen Aufwand zu ihrer Bemeisterung. Umgekehrt: Das, was mensch finanziell aufwenden will und technisch meint, gerade noch beherrschen zu können, definiert die Sorten von Unfall, mit denen überhaupt nur gerechnet wird. So sind AKWs sicher, da die Unfälle unmöglich sind, deren Verhinderung zu teuer oder technisch nicht machbar ist.

Auch die Grenzwertproblematik macht dies deutlich: erst eine Befürwortung der Kernenergie macht einen Maßstab nötig, der die erlaubte Höchstbestrahlung der Bevölkerung festlegt. Die Grenzwerte werden relativ beliebig festgelegt auf Basis von unnatürlicher Strahlung (AKW-Abgabewerte), so daß eine unnatürliche Bestrahlung zwangsläufig miteinberechnet ist. Nicht die Gesundheit, sondern die für den Reaktorbetrieb notwendige Verstrahlung von Mensch und Natur gibt den Bezugspunkt für die staatlich festgelegten Grenzwerte ab.

Der typische (zwangsläufige) Umgang eines Unternehmens in der hiesigen Produktionsweise führt dazu, daß mensch mit Störfällen beim Reaktorbetrieb kalkuliert. AKWs sind nur rentabel, wenn sie durchgängig viel Strom produzieren (also im Grundlastbereich). Ein Abschalten würde somit den Profit mindern. Aus diesem Grund werden z.B. Leckagen, die den Betrieb nicht unmöglich machen, aber eben doch für einen Austritt von Radio-

aktivität sorgen, nicht beseitigt, sondern aufgeschoben, und mensch spricht von ganz normalen Störfällen, die zu erwähnen sich schon gar nicht mehr lohnt. Es wird also mit den Unfällen kalkuliert, diese müssen nur weniger Verlust (z.B. in Form von Entschädigungen) verursachen als ihre Verhinderung durch kostenaufwendige Sicherheitssysteme. Die Gefahren werden dann als natürlich vorausgesetzt, mit denen mensch dann verantwortlich umgehen muß.

Störfälle können auch genutzt werden, da mensch an kontrollierten Störfällen den eventuellen Ablauf eines unkontrollierten studieren kann. Ein weiterer Vorteil besteht darin, daß sich im nachhinein Schädigungen beim Menschen untersuchen lassen (also praktisch ein Experiment am lebenden Menschen). Aber auch hier handelt es sich um eine ganz normale Vorgehensweise nach dem gängigen profitorientierten Prinzip. Dabei stellen Sicherheitsanlagen Kosten dar, die den Profit schmälern und deshalb soweit wie möglich vermindert werden müssen. (23) Das ist in der Chemieindustrie z.B. genauso zu beobachten. Dort gibt es auch keinen reibungslosen Ablauf, ohne daß irgendwelche giftigen Substanzen mal in den Fluß auslaufen. Auch hier werden die Unfälle einkalkuliert und mit eingeplant, solange die Folgen für das Unternehmen billiger sind als die Folgekosten oder die Kosten für die Sicherheitsanlagen. Die Möglichkeit der Verhinderung von Störungen richtet sich also nicht nach den technischen Möglichkeiten, sondern nach den Verpflichtungen, die den Unternehmen per Gesetz diktiert werden. Bei AKWs besteht allerdings



technisch überhaupt gar nicht die Chance, Austritt von Radioaktivität zu verhindern. Es wird aber auch nicht das technisch Machbare realisiert. Wenn es eine lukrative Technologie gibt, die erhebliche Gefahren mit sich bringt, heißt es eben noch lange nicht, daß sie nicht angewandt wird.

5.3 Entsorgungsproblem

„Die Atomenergie beinhaltet das ungelöste Problem der Endlagerung. Es gibt auf der ganzen Welt kein Endlager, in dem der strahlende Müll für Millionen Jahre aufbewahrt werden könnte... Jährlich rollen über 300 Atomtransporte auf den Gleisen der Deutschen Bahn. Dutzende Unfälle und Beinah-Unfälle ereigneten sich bislang...“ (24)

Die Entsorgung von nuklearen Abfällen ist den BetreiberInnen von AKWs natürlich völlig egal, solange sie nicht dazu verpflichtet sind. Das sind für sie Kosten, die, wenn sie dafür aufkommen müßten, sie schnell von der Atomwirtschaft abkommen ließen. Auch dies ist eine normale betriebswirtschaftliche Vorgehensweise: Sachen, die keinen Gewinn bringen und nur Kosten verursachen, werden nach Möglichkeit ausgelagert. Der Staat kommt dafür auf, weil er als Machtsubjekt schon ein gewisses Interesse an der Erhaltung seiner Untertanen hat.

Im Bereich der Entsorgung haben die Vereinigten Staaten ein besonderes Interesse an einem Endlager, da sie die Weiterverbreitung von WAAs (und die damit verbundene Plutoniumproduk-

tion) verhindern wollen. Die Vereinigten Staaten wollen so die Weiterverbreitung von A-Waffen unterbinden. So bieten sie jetzt anderen Staaten mit AKW-Technologie an, den Atommüll in einem Südseeatoll zu verfrachten. Um den Müll aufs Atoll zu transportieren, werden Spezialschiffe und -transporter benötigt, für dessen Bau nur die deutsche „Gesellschaft für Nuklear-Behälter“ (GNB) in Frage kommt, die auch den Castor produziert. Europa wiederum entzieht sich der amerikanischen Kontrolle, indem es die Kontrolle über die Spaltstoff der EURATOM unterstellt, in der die europäischen Nationen natürlich das Sagen haben.

5.4 Unwirtschaftlichkeit von AKW's

„Die Atomenergie ist unwirtschaftlich und wird hoch subventioniert. Die Transporte, die Entsorgung des Mülls und der Abbau von AKWs werden nicht von den Betreibern getragen und fließen in keine Kalkulation mit ein.“ (25)

Betriebswirtschaftlich rentiert sich die Atomwirtschaft natürlich, da die Rentabilität vom Staat organisiert wird. Die Unternehmen verdienen prächtig daran, und das gilt für alle Teile der Brennstoffkette, also für den Betrieb von AKWs genauso wie für die Entsorgung des Atommülls. Der Umsatz im Atomgeschäft stieg 1995 um überdurchschnittliche 13% von 2,3 Milliarden DM auf 2,6 Milliarden DM. (26)

Von der Annahme, daß Atomstrom günstiger wird als herkömmlich produzierter Strom, ging mensch anscheinend tatsächlich aus. Allerdings hat mensch sich dabei doch sehr über die Kosten verschätzt. Als die zivile Kernenergienutzung anfang, wußte mensch wenig über die benötigten Kapitalkosten. Der Bau der AKWs war erst mal wichtiger, um sich die Marktanteile zu sichern. Die daraus resultierenden hohen Kosten ließ mensch sich noch gefallen, da der Erfahrung in anderen komplexen Industriezweigen nach damit gerechnet werden konnte, daß sich auf Grund des Lernzuwachses im Umgang mit dieser Technologie die Kosten dafür sich stabilisieren würden. Der erwartete Lernzuwachs stellte sich jedoch nicht ein, so daß immer wieder neue Probleme auftraten und die Kosten weiter anstiegen. Die Ursache dafür lag darin, daß auf Grund des Konkurrenzdruckes unerprobte AKW-Konstruktionen bestellt wurden.

Die Unwirtschaftlichkeit hinsichtlich der Bauaufträge für neue AKW ist zwar richtig, da in den letzten Jahren kein Auftrag zum Neubau aus dem Ausland kam, dafür kann das Know-how auf diesem Gebiet anders genutzt werden. Und zwar mit der Modernisierung alter AKWs. (27) Siemens hat schon Mitte der 80er Jahre den osteuropäischen Markt für sich entdeckt. Heutzutage werden die alten Reaktoren sowjetischer Bauart nachgerüstet oder zu Ende gebaut (Bsp. Mochovoce in der Slowakei), und deutsche EVU gehören zu den Profiteuren der Privatisierung der Elektrizitätsunternehmen. Durch einen Ausstieg aus der Atomenergie „würden wir unweigerlich unsere wichtige Rolle bei der (...) Umstrukturierung





der Energiewirtschaft in Mittel- und Osteuropa verlieren.“ (28)

Außerdem müssen die schon bestehenden AKWs laufend instandgehalten werden, was noch längerfristig die Auftragsbücher der Unternehmen füllen wird. Zur Erhaltung der Fachkompetenz baut Siemens zusammen mit einer französischen Firma an einer neuen Reaktorgeneration.

Das Argument, volkswirtschaftlich würde sich die Atomindustrie auf Grund der hohen Kosten nicht lohnen, ist zu einfach, da die Bedeutung der Atomenergie nicht irgendwie in einer betriebswirtschaftlichen oder volkswirtschaftlichen Rechnung errechnet werden kann. Wenn der Staat eine zukunftssträchtige Technologie entdeckt hat, läßt er sich es in jedem Falle einiges kosten, um diese wettbewerbsfähig zu machen. Die ganze Grundlagenforschung, in die Milliarden gesteckt wurden, läßt sich so überhaupt nicht beurteilen. Außerdem hängt an der Atomtechnologie noch mehr, als die Kriterien der Wirtschaftlichkeit auszudrücken vermögen.

Das Kriterium der Wirtschaftlichkeit verkennt also die Bedeutung der Atomenergie (militärische Option, dritte Standbein in der Energieversorgung, Exporttechnologie etc.). In einem schon 1947 in Deutschland erschienen Buch betrachtete mensch die Atomenergie als ein Machtmittel, „das alle bändigen kann, vor dem jedes Volk, jeder Staat zurückschreckt, das die Verwirklichung eines starken Weltstaates, eines effektiven Völkerbundes möglich macht.“ (29) Außerdem „darf man mit der Möglichkeit rechnen, daß Atomkraftwerke bald als Ersatz und Ergänzung der

schwarzen und weißen Kohle weithin in der Welt in Betrieb kommen.“ (30) Dementsprechend handelte es sich bei den Investitionen für die Atomwirtschaft „nicht um Subventionen für die einen Teilbereich der Wirtschaft, sondern um Investitionen für die gesamte Volkswirtschaft und die Sicherung der künftigen Existenz unseres Volkes.“ (31)

Eine volkswirtschaftliche Kritik würde darauf hinauslaufen, daß mensch aus längerfristigen ökonomischen Gründen die Atomenergie verwerfen müßte. Langfristige gesellschaftliche Kosten bleiben aber unter kapitalistischen Produktionsbedingungen in den einzelnen betriebswirtschaftlichen Kalkulationen unberücksichtigt. Dieser Umstand macht den Widerspruch zwischen den kurzfristigen Profitinteressen der Einzelkapitale (auf die der Staat ja angewiesen ist) und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen deutlich.

5.5 WAA

„Hochaktive Abfälle sollen in der WAA behandelt werden, um den hochaktiven Abfall zu reduzieren und die ‚wertvollen Rohstoffe‘ Uran und Plutonium wiederzugewinnen. Übersehen wird dabei leider, daß Kernbrennstoffe höchstens zwei Mal wiederaufbereitet werden können, daß dabei eine leichte Reduzierung des hochaktiven Abfalls eintreten könnte, jedoch zu Lasten des schwach- und mittelaktiven Abfalls, der sich vervielfacht.“ (32)

Bei der Kritik an den WAA wird besonders deutlich, daß sich die Argumente der AKW-KritikerInnen meistens nur an der Propaganda der AKW-BefürworterInnen abarbeiten, um diese dann als falsch zu entlarven. Dabei bleibt die Motivation zum Bau der WAA für diesen Staat meist außen vor. Sie entstand aus der Sicht heraus, daß mensch in Deutschland auf Grund der angeblichen Ressourcenknappheit energiepolitisch von erdölexportierenden Ländern abhängig sei. Dies betraf auch die Uranimporte. Um diese Abhängigkeit zu relativieren, sollten die WAA für einen Brennstoffkreislauf sorgen, so daß vorhandene Urankapazitäten „recycelt“ werden können. Diese Gründe haben sich mittlerweile fast erledigt, da Deutschland zusätzliche Versorgungssicherheiten erlangen konnte (Braunkohlevorkommen durch die Wiedervereinigung und Rußlands Brennstoffvorräte, die im Rahmen der „Europäischen Energiecharta“ zugänglich sein sollen). Auch der Nachschub an Uran ist gesichert. Das andere Ziel, nämlich waffentaugliches Uran durch WAA zu gewinnen, wird durch andere Projekte ermöglicht (z.B. Garching). Außerdem herrscht ohnehin ein weltweiter Überfluß an dem Zeug. Die Gründe für eine eigene Plutoniumwirtschaft haben sich also heute auf Grund der neuen Situation relativiert. Deutschland ist auch aus der Sicht der AKW-BefürworterInnen nicht mehr auf sie angewiesen. Das sind die Gründe für ein Abkehren von dieser Technologie. Sie wurde allerdings erstmal entwickelt und produziert, bis sich entschieden hat, ob sich ihre Anwendung lohnt. Im Falle der WAA ist es für Deutschland günstiger, den Müll und mit ihm einen Haufen Ärger erstmal in die Nachbarstaaten zu verschiffen. Auf einmal wird den Sicherheitsbedenken, die schon seit Jahren bestehen, eine einwandgebende Bedeutung zugemessen, nachdem sich die Lage geändert hat. Von einem Einsehen in die Gefährlichkeit dieser Technik kann also keine Rede sein.

Dies wird besonders an der WAA Wackersdorf deutlich: Nachdem der französische Staatsbetrieb COGEMA der VEBA das Angebot machte, den radioaktiven Müll in Frankreich wieder aufzuarbeiten, wurde der Standort Wackersdorf aufgegeben. Dieses CO-

GEMA/VEBA-Projekt brachte Kosteneinsparungen von 6-7 Milliarden DM an Investitionskosten und ca. 1 Milliarde DM an Wiederaufarbeitungskosten. (33) Die Geschäftskalkulation der Kraftwerksbetreiber erwies sich also als ausschlaggebend. Das einzige Problem, was sich mit diesem Projekt aus nationalstaatlicher Sicht ergab, war die nationale Hoheit über die Technologie. Immerhin begab mensch sich in Abhängigkeit zu Frankreich, wo doch die WAA gerade Unabhängigkeit garantieren sollte. So beklagte Waigel sich auch über die mangelnde nationale Verantwortung des Unternehmens:

„Waigel vertrat erneut die Auffassung, daß die Industrievertreter bei ihrer Kontaktaufnahme mit der CO-GEMA die nationalen Folgen nicht gesehen haben.“ (34)

Diese Bedenken bestehen heute so nicht mehr, da im Rahmen der Europäisierung die wirtschaftliche Zusammenarbeit auch auf atomarem Gebiet intensiviert wird. Außerdem verzichtet mensch in Deutschland nicht auf eine eigene Plutoniumproduktion mit der Verlagerung der WAA nach Frankreich, da diese durch die WAK Karlsruhe, Garching und Hanau garantiert wird.

5.6 Ressourcenknappheit

„Das Energieproblem erscheint als Energieträgerproblem... (Das) technische Einsparpotential an Energie ist weit größer als etwa eine mögliche Ölsubstitution durch Strom.“ (35)

Die Ressourcen erscheinen knapp, weil sie gemessen an den staatlichen Zielen (Ideal der Autarkie) und kapitalistischer Profitorientierung so erscheinen. Die Errechnung einer Ressourcenknappheit richtet sich nicht nach den konkreten Bedürfnissen der Industrie, sondern der Staat will die Energieversorgung langfristig sicherstellen. Deshalb versucht er möglichst mehrgleisig bei der Energieproduktion zu fahren, um eine einseitige Abhängigkeit zu vermeiden, die leicht von anderen Staaten, mit denen er in Konkurrenz steht, erpresserisch ausgenutzt werden kann. Wenn also der heimische Energiebedarf allein durch Kohle gedeckt werden würde, würde der Staat trotzdem weiter nach anderen Energierohstoffen Ausschau halten und sie sich sichern.

5.7 militärischer Nutzen

„Die 'zivile' Nutzung der Kernenergie ist nicht von der militärischen zu trennen. Aus deutschem Atommüll kann in Frankreich Waffenplutonium gewonnen werden...“ (36)

Die militärische Nutzung gab erst den Ausschlag für die Entwicklung der friedlichen Kernenergie und diese war/ist auf die militärische Nutzung zugeschnitten. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß aus dem Atommüll Waffenplutonium gewonnen werden kann, es soll ja gerade zum Bau von Nuklearwaffen befähigen.

Die Staaten, an die Deutschland atomtechnische Anlagen verkauft hat, verfügen jetzt nicht nur über die Möglichkeit des Atombombenbaus, sie

verfolgten von Anfang an ganz klar das Ziel, sich eine nukleare Abschreckung aufzubauen, auch wenn sie mittlerweile davon wieder abgerückt sind. Ohne die militärische Nutzung hätte mensch wahrscheinlich erst gar nicht mit dieser kostenaufwendigen Technologie angefangen. Eine Kritik, die die ausschlaggebende Bedeutung der militärischen Nutzung verkennt, ist nur so zu verstehen, daß ihre Protagonisten Vertrauen in diesen Staat haben und dieser schon nichts Böses mit dem Plutonium anfangen werde.

Außerdem ist der teilweise auftauchende Verweis auf die Möglichkeit eines „terroristischen oder militärischen Mißbrauchs“ des Plutoniums schon etwas seltsam, immerhin wurde das Plutonium nur zu diesem Zwecke – also möglichst viele Menschen verrecken zu lassen – hergestellt. Wenn mensch dieses Argument unterstützt, geht er/sie automatisch von einem sinnvollen Gebrauch von Atomwaffen aus. Inwieweit diese aber sinnvoll sind, braucht mit Blick auf ihre Auswirkungen erst gar nicht angefangen werden zu erklären.

Da die AKW-GegnerInnen gezeigt haben, daß der Atomstrom gefährlich, unsauber und angeblich unwirtschaftlich ist, stellt sich die Frage, warum diese dann überhaupt existiert bzw. warum diese Gesellschaft so „unvernünftig“ ist, daß sie nicht aus dieser Technologie aussteigt. Daß dies herzlich wenig mit „Vernunft“ (37) zu tun hat, und daß es im Gegenteil nach hiesigen Maßstäben nun mal sehr wohl vernünftig ist, diese Technologie mit all ihren Folgen anzuwenden, wollten wir





6. Die Folgen aus der Kritik der AKW-GegnerInnen

mit den vorangegangenen Beschreibungen deutlich machen.

Die Folgen aus dieser Kritik bestehen u.a. darin, daß unabhängig von den Gründen für eine AKW-Industrie geguckt wird, wer von den atomaren Geschäften profitiert. Die werden dann als Übeltäter herausgepickt und kritisiert. Heraus kommt, daß wir von ein paar Bonzen aus Industrie und Politik beherrscht werden, die alle miteinander verfilzt sind und am atomaren Geschäft verdienen. (38)

6.1 Atomfilz

Atomfilz beschreibt „...die atomaren Kumpaneien zwischen Industriebossen und GewerkschafterInnen... Heinz Brandt (...) warnte in einer Rede vom 19.2.1977 in Itzhoe anläßlich einer Demonstration gegen das AKW Brockdorf vor dem ... 'reich bezahlten Gwerkschaftsbürokraten, der in Konzernvorstand- oder Aufsichtsratsposition mit den Managern der Atomindustrie gemeinsame Sache macht, der mit der Atomlobby unter einer Decke steckt, der mit ihr widerlich verfilzt ist – zu unser aller Schaden...“ (39)

Was soll uns diese Kritik sagen? Die Konsequenz daraus wäre wohl die Aufhebung der Verflechtung und das Einsetzen von echt unabhängigen VertreterInnen. Diese Klage bezieht sich auf die Mittel, mit denen der Staat die Atomtechnologie durchsetzt, wobei

der Zweck, den er mit dieser Technologie verfolgt, außen vor bleibt. Wenn mensch sich den Zweck (energiepolitische Autarkie, wirtschaftliche Gründe, Know-how und militärische Interessen) klargemacht hat, ist es nicht weiter verwunderlich, daß der Staat viel Energie in die Durchsetzung dieser Technologie investiert, auch gegen den Willen der Bevölkerung (der ist ihm vor diesem Hintergrund besonders in so einem relativ kleinem Rahmen wie in Gorleben ziemlich scheißegal).

6.2. Atomstaat

„Der Staat sorgt durch riesige 'nur ihre Pflicht erfüllende' Polizeikontingente dafür, daß die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie mit militärischen Mitteln gegen kritische BürgerInnen durchgeknüppelt wird.“ (40)

Gerade die politische Linke kriegt diesen Staat immer wieder auch in anderen Bereichen zu spüren (§129/129a usw.) und benutzt dennoch diese Vokabel zur Beschreibung der staatlichen Umgangsweise mit dem Widerstand. Als ob der Staat erst in seiner repressiven Form zu kritisieren ist.

6.3 Atommafia

„Mit Atommafia ist die weltweite Verflechtung von Privatwirtschaft,

Militär, Polizei, Kontrollgremien und Aufsichtsbehörden gemeint.“ (41)

Das gleiche gilt auch für die „Atommafia“: Auch hier handelt es sich um eine rein deskriptive Darstellung der Strukturen. Aber was wird hier genau kritisiert. Sollen diese Strukturen aufgelöst werden und durch durchsichtigere ersetzt werden? Allein der Begriff der Mafia legt nahe, daß hier ein Zustand angeklagt wird, der von einem Idealzustand des Staates abweicht und deshalb korrigiert gehört. Die KritikerInnen erweisen sich eher als Verfechter der 'wahren' Demokratie, indem sie echte marktwirtschaftliche Strukturen einfordern, die für alle zugänglich und ersichtlich sind. Daß sie dabei Maßstäbe, nach denen genau diese Atomindustrie entstanden ist, an die Handlungsweise des Staates in der Energiewirtschaft anlegen um ihn damit zu kritisieren ist ein Widerspruch, auf den lieber keiner hinweist, da sonst die Argumentation bloßgestellt würde.

Der Staat steht mit seiner Atompolitik vor einem Rechtfertigungsproblem, da die Bevölkerung auf Grund des langjährigen Widerstandes für dieses Thema sensibilisiert ist und ein großer Teil der Bevölkerung den Ausstieg aus der Atomenergie fordert. (42) Die Atompolitik hat den Staat Milliarden an Steuermitteln gekostet, das Geschäft mit der Atomtechnologie läuft auch nicht so rosig, wie mensch sich das vorstellt und immer mehr Menschen stel-

7. Durchsetzung staatlicher Interessen



len sich dieser Politik entgegen. Trotzdem hält der Staat – aus oben genannten Gründen – weiter an dieser Technologie fest. Wie rechtfertigt er diese Politik? Wie sichert er die künftige Entwicklung dieser Technologie, an der er ein Interesse hat, und wie setzt er sein Interesse durch?

7.1 staatliche Rechtfertigung der Atomindustrie

Als erstes wird natürlich versucht, die angebliche Notwendigkeit der Atomenergie zu beweisen. Dies geschieht mittels Argumenten, die unter Punkt 5 dargestellt wurden. Ein weiteres Argument ist z.B. der Verweis auf den Umweltschutz, der dadurch zustande kommen soll, daß die AKW kein CO₂ ausstoßen. Diese Argumente sind natürlich auch nur Propaganda, da AKW durch ihren billigen Strom Einsparungen verhindern und selbst natürlich Müll von einer ganz anderen Qualität erzeugt und hinterläßt.

Die Diskussion um Grenzwerte (beim Castortransport wieder akut geworden – wieviel Strahlung verträgt der/die deutsche PolizistIn?) und um das Restrisiko soll einerseits von der Ungefährlichkeit der Atomenergie überzeugen, andererseits gewöhnt sich die Bevölkerung gerade durch die Debatten über die Grenzwerte an diese Gefahren. Wenn dann mal die gültigen Grenzwerte überschritten werden, werden sie halt „angepaßt“. (43) Die ganze Risikoforschung und der mit ihr

verbundene wissenschaftliche Aufwand dienen letztendlich dazu, die Gefahren der Atomindustrie politisch handhabbar zu machen.

Die unvermeidlichen „Zwischenfälle“ werden in der Regel verschwiegen oder bagatellisiert, wenn sie im nationalen Rahmen ablaufen. International relevante Unfälle, wie z.B. Tschernobyl, werden, wenn möglich, instrumentalisiert mit dem Argument, daß die russischen AKWs anscheinend nicht so gut sind und mensch mal wieder sieht, wie sicher deutsche Technologie auf diesem Sektor ist. Gleichzeitig wird dann deutsche Technologie mit ihren Sicherheitskonzepten zur Modernisierung der russischen AKWs angeboten. (44)

Unfälle werden oft mit menschlichem Versagen erklärt, da sich Bedienungsfehler korrigieren lassen, während bei fehlerhaften Systemen schnell die ganze Technologie und der staatli-

che Umgang mit ihr auf dem Prüfstand stehen würde.

7.2 Durchsetzung und staatlicher Umgang mit dem Widerstand

Um in der zukünftigen Entwicklung der Atomenergie sichergehen zu können, soll die SPD, die 1986 nach Tschernobyl den Ausstieg beschlossen hat, wieder in den Konsens der bürgerlichen Parteien eingebunden werden. Die Verhandlungen dazu sollen von der Öffentlichkeit abgeschirmt verlaufen, so daß diese dann vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Der Präsident des Atomforums, Wilfried Steuer; wünscht sich einen „Konsens lieber im stillen Kämmerlein“ (45). Natürlich geht mensch davon aus, daß dadurch bei vielen der Widerstand gebrochen wird





und sie sich mit dem Konsens früher oder später abfinden.

Aber auch den direkt Betroffenen wird Aufmerksamkeit zuteil: Bürgerinitiativen werden zu Wort gelassen und ihre Ängste zur Kenntnis genommen (46), wobei die Entscheidung schon lange feststeht. In der parlamentarischen Demokratie garantiert nun mal schon die öffentliche Auseinandersetzung die Haltbarkeit dieser Technologie.

Währenddessen wird das Atomrecht geändert, so daß jetzt ein standortunabhängiges Genehmigungsverfahren möglich ist (für den neuen Reaktortyp EPR). Außerdem soll die Nachrüstung atomarer Anlagen erleichtert werden.

Auch die Presse übt sich größtenteils im Stil der Zurückhaltung bzw. Desinformation. Bei den Berichten über den Castortransport nach Gorleben interessierte einzig die Frage, wer nun den ersten Stein geworfen hat. Die „gewaltbereiten Autonomen“, oder hat etwa die Polizei angefangen. Insgesamt wird so eine Stimmung in der Gesellschaft geschaffen, die eine Unterdrückung und Kriminalisierung des Widerstandes rechtfertigt. In diesem Zusammenhang ist auch die Änderung des niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes von Bedeutung, das die Entscheidungsbefugnisse der Polizei ausweitet und die Erteilung von Aufenthaltsverboten für ganze Gemeinden ermöglicht.

Eine fast völlige Zurückhaltung der bürgerlichen Presse findet beim Thema Garching und allgemein bei dem Thema Nuklearwaffenproduktion statt, wo die Interessen des Staates beson-

ders zum Ausdruck kommen (s. oben). Gerade deswegen ist es auch kein Wunder, daß sich die bürgerliche Presse wenig dafür interessiert. Auch bei den Abrüstungsgesprächen im Bundestag wurde dieses Thema, obwohl es dafür besonders relevant wäre, nicht erwähnt. Die Gründe für die allgemeine Zurückhaltung liegen außenpolitisch in der Rücksichtnahme auf die westeuropäischen Bündnispartner. Innenpolitisch bestehe „die Befürchtung, daß lautstarke Diskussionen über Nuklearfragen die ohnehin fragwürdige Akzeptanz nuklearer Waffen in der deutschen Bevölkerung weiter erodieren könnten“. (47)

Bei der letztendlichen Durchsetzung seiner Atompolitik wendet der Staat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel an, auch wenn diese eher untypischen Charakter für eine Gesellschaft haben, deren heiligstes Gut das Privateigentum ist: in Gorleben soll der Besitzer des Landes (auf dem oben nur langweiliger Kiefernwald wächst, unten aber die Salzstöcke liegen, die zur Enlagerung benötigt werden) enteignet werden, da er nicht verkaufen will. Dies geschieht natürlich gemäß dem Grundgesetz zum „Wohle der Allgemeinheit“. Ein Schritt dazu ist vielleicht schon bald getan: die Atomrechtsnovelle sieht die Möglichkeit der Enteignung zur Errichtung eines Endlagers vor, was sich direkt gegen den Grafen von Bernstoff richtet, dem dieses Land gehört.

Szenarien, die gerne in Anti-AKW-Publikationen ausgemalt werden und in denen im Falle eines Reaktorunglücks den Sicherheitskräften auf Grund des Unglücks unbeschränkte

Machtbefugnisse vom Staat verliehen werden, sind schon fast Realität: zum Zeitpunkt des Castortransportes herrschte in Gorleben ein Ausnahmezustand, d.h. die Verfassung war teilweise außer Kraft gesetzt oder eingeschränkt und die „Sicherheitskräfte“ hatten freie Hand, um dem „unappetitlichen Pack“ (Kanter) mal zu zeigen, wie „man mit Messern und Gabeln ißt“ (FAZ).

Das ist eine Methode, nämlich den Widerstand einfach zusammenzuprügeln. Dabei wird dann auch nicht mehr darauf geachtet, ob es sich jetzt um „gewaltbereite Autonome“ oder um „friedliche BürgerInnen“ handelt. Hinterher wird dann aber, und das ist die andere Methode, die Widerstandsbewegung in „friedlich“ und „gewaltbereit“ aufgespalten, um beide Seiten gegeneinander aufzubringen und die Bewegung so zu schwächen. Dabei müßte auch den „friedlichen“ DemonstrantInnen mittlerweile aufgefallen sein, daß es völlig egal ist, ob mensch sich „gewaltfrei“ dem Castor entgegenstellt (z.B. in Form einer Sitzblockade) oder mal mit 'nem Klumpen Dreck schmeißt. Wenn mensch dem Transport und damit staatlichen Interessen im Wege steht, gibt's in jedem Fall was auf's Maul.

Die hier dargestellte Kritik soll deutlich gemacht haben, daß die Atomtechnologie nicht isoliert von diesem Gesellschaftssystem betrachtet werden kann. Nicht nur die Atomtechnologie ist das Problem, sondern der Staat, der diese anwendet. Es kann also nicht die „verfehlte“ Atompolitik (als ob es eine sinnvolle geben würde) oder die falsche Energiepolitik kritisiert werden, sondern es müssen die Verhältnisse hinterfragt werden, die so eine hervorgerufen. Diese Politik entspricht nunmal

8. Fazit



dem Wesen des bürgerlichen Staates, kann also nicht als Auswuchs bezeichnet werden, ohne die herrschenden Verhältnisse schön zu reden. Die fehlende Staatskritik führt bei einigen KritikerInnen dazu, daß sie die Existenz von AKWs beispielsweise auf eine Unterwanderung des Staates von der „Atommafia“ aus uneinsichtigen Politikern und profitgierigen Energiemanagern zurückführen oder allgemein von einem „Atomstaat“ reden, der nur den Wünschen der „Atomlobby“ entgegenkommt. Daß es sich dabei um normale Vorgehensweisen des Staates handelt, der bei der Atomindustrie übliche und somit schon vorher existierende Maßstäbe anwendet, die natürlich auch bei anderen Industriezweigen so gehandhabt werden, fällt dabei unter den Tisch. Manche GegnerInnen wenden genau diese Maßstäbe an, wenn sie dem Staat vorhalten, daß er sich mit

dieser Technologie doch wohl verrechnet habe, und Steuergelder in Milliardenhöhe verschwendet. Dabei eignen sich

„(...) die Kernenergie und deren massiver Ausbau dazu, die hinter dem Schein der Rationalität der bürgerlichen Gesellschaft schlummern- de Gewalt und destruktive Kraft des Kapitals zum Vorschein zu bringen und so auch die moralische Legitimation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im Bewußtsein der breiten Bevölkerungsschichten zu erschüttern.“ (48)

Schlimm genug, wenn einige AtomkraftgegnerInnen die Atomtechnologie nur als einen staatlichen Irrweg darstellen, auf den mensch nur lange genug aufmerksam machen muß, damit er korrigiert wird.

1. Atomkraft am Ende?, mit Beiträgen von Scheer, J. u.a., Göttingen, 1986
2. Bächele, Christoph: Fakten gegen den Atomstrom. Eine aktuelle Bestandsaufnahme, BUND-Information, 2. Auflage, Freiburg, 1986
3. Bartmann, B./Hess, J./Wilberg, S. (Hrsg.): Atomare Wiederaufarbeitung. Vom Dilemma einer Großtechnologie, Köln, 1984
4. Buße, Helge und Grumbach, Jürgen: Staat und Atomindustrie. Kernenergiepolitik in der BRD, Köln, 1979





9. Verwendete Literatur

5. calcul, Zeitschrift für Wissen und Besserwissen, Nr. 5, Sondernummer Atom (April 1997), Hrsg.: Basisgruppe Geschichte an der Uni Göttingen.
6. Dessauer, F.: Atomenergie und Atombombe, 2. Auflage, Switzerland, 1947
7. Deutsches Atomforum e.V.: Zahlen und Fakten zur Kernenergie, Bonn, 1995.
8. Eckert, Michael: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in : Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 37 (1989), 1
9. GegenStandpunkt 3-96: Die BRD – Immer noch eine Atom-macht eigener Art
10. Gorlebener TurmbesetzerInnen: Leben im Atomstaat. Im atomaren Ausstiegspoker ist unser Widerstand der Joker, Wendland, 1996
11. Hughes, Thomas p.: Die Erfindung Amerikas. Der technologische Aufstieg der USA seit 1870, USA, 1989, deutsche Ausgabe C.H.Beck, München, 1991
12. Kurscheid, Reimund: Kampf dem Atomtod. Schriftsteller im Kampf gegen eine deutsche Atombewaffnung, Köln, 1981
13. Massarat, M.: Weltenergieproduktion und Neuordnung der Weltwirtschaft. Die Weltarbeitsteilung und die Neuverteilung des Reichtums in der Welt, Frankfurt a.M./ New York, 1980
14. MSZ, Gegen die Kosten der Freiheit, 3/89 und 6/86
15. Nielebock, T.: Freiheit für Atomwaffen oder Atomwaffen-freiheit? Das Verlangen von Nichtkernwaffenstaaten nach ne-gativen Sicherheitsgarantien und die Haltung der Kernwaffenstaaten, Baden-Baden, 1989
16. Perrow, C.: Normale Katastrophen. Die unvermeidlichen Risiken der Großtechnologie, Frankfurt /M u.a., 1988
17. Resultate Gesellschaft für Druck und Verlag wissenschaftlicher Literatur (Hrsg.): Atomtechnologie und Atompolitik, München 1980
18. Resultate Gesellschaft für Druck und Verlag wissenschaftlicher Literatur (Hrsg.): Der bürgerliche Staat, Resultate Nr. 3., o.J.
19. Resultate Gesellschaft für Druck und Verlag wissenschaftlicher Literatur (Hrsg.): Imperialismus 1, Resultate Nr. 4, 6. Jahrgang, 1979
20. Salewski, M.(Hrsg.): Das Zeitalter der Bombe: die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute, München, 1995
21. Strohm, Holger: Was sie nach der Reaktorkatastrophe wissen müssen, Frankfurt a.M. 1986
22. Volker von Prittwitz: Das Katastrophenparadox. Elemente einer Theorie der Umweltpolitik, Opladen, 1990
23. Winfried Damm und Wolfgang Daniels: Atomstaat und innere Sicherheit, in: Wolfgang Gessenharter und Helmut Fröchling (Hrsg.): Atomwirtschaft und innere Sicherheit, Baden-Baden, 1989
24. Wolfgang Zank: Adenauers Schachspiel mit den Atomwaffen, in: Die ZEIT, 25.4.1997.
25. ders.: Adenauers Griff nach der Atombombe, in: Die ZEIT, 26.7.1996.



- (1) So gab es von Seiten führender Physiker, die am Manhattan-Projekt beteiligt waren, den Vorschlag, die Bombe zur Demonstration in dünnbesiedelten Gebiet detonieren zu lassen.
- (2) FR., 4.3. 1997.
- (3) Eckert, in VfZ Nr. 37, (1989), S. 133.
- (4) Zahlen aus: Süddeutsche Zeitung, 19.6.1996.
- (5) Die ZEIT, 15.11.1996.
- (6) „Die militärischen Bedürfnisse der sowjetischen Armee waren letztlich verantwortlich für die Explosion von Tschernobyl 4. Die Ingenieure entwickelten die riskanten Graphit-Reaktoren des Tschernobyl-Typs deshalb, weil aus ihnen die Brennstäbe auch bei laufendem Betrieb entnommen werden können, um daraus

10. Anmerkungen



- Plutonium für Atombomben zu gewinnen" (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 20.4.1996).
- (7) FR, 16.1.1997.
- (8) FR, Pfingsten 1996.
- (9) ebd.
- (10) „Während die Aufträge für Siemens insgesamt um sieben Prozent auf neun Milliarden Mark zurückgingen, legte der Atombereich um 27 Prozent auf 2,8 Milliarden Mark zu“ (Junge Welt, 25.7.1996). Dies ist durch die Überprüfung und Modernisierung der osteuropäischen AKWs zu erklären, die Siemens als profitable Geschäfte erkannt hat. Aber auch in westlichen Ländern soll durch sicherheitstechnische Nachrüstungen neue Betriebsgenehmigungen erlangt werden (z.B. beim finnischen AKW Olkiluoto und bei Anlagen in Schweden, in der Schweiz und in den USA).
- (11) Der Vorstand von KWU, zitiert nach: GegenStandpunkt 3-96, S. 37.
- (12) Wolfgang Zängel, Deutschlands Strom. Die Politik der Elektrifizierung von 1866 bis heute, Frankfurt a.M., 1989, S. 178, zitiert nach: calcül Nr. 5, Sondernummer Atom, April 1997.
- (13) Die EVU haben sich durch ihre Monopolstellung als starke Konzerne etabliert, die jetzt untereinander konkurrieren sollen. Ein kleines kommunales Stadtwerk würde in einer Konkurrenz dazu nicht bestehen.
- (14) Die UDSSR hat ihrerzeit noch die größte jemals entwickelte Atombombe gebaut, was aber keinen weiter beeindruckt hat, da mensch sich lieber auf mehrere kleine A-Waffen verließ, die in unterschiedlichsten Situationen eingesetzt werden konnten.
- (15) H. Kohl in der „Welt“, zitiert nach: Leben im Atomstaat, 1996, S. 113.
- (16) Heute sind neben den klassischen Atomwaffenstaaten (China, UDSSR, USA, Frankreich und Großbritannien) mehr als 20 Staaten in der Lage, innerhalb von 2 Jahren A-Waffen herzustellen: Südafrika, Indien, Israel, Pakistan, Irak, Nord- und Südkorea, Taiwan, Japan, Kanada, Schweiz, Schweden, Niederlande, Belgien, BRD, Spanien, Italien, Libyen, Algerien, Türkei, Argentinien, Brasilien, Rumänien und Australien (Leben im Atomstaat, 1996, S. 117 f.).
- (17) Die Bundesregierung und ehem. führende Politiker reagierten auch dementsprechend beleidigt auf den Vertrag. Konrad Adenauer bezeichnete ihn wenige Wochen vor seinem Tod als „Morgenthau-Plan im Quadrat“ (Die ZEIT, 26.7.1997), F. J. Strauß nannte ihn ein „Neues Versailles im kosmischen Ausmaß“ (Leben im Atomstaat, 1996, S. 110).
- (18) Ende Februar 1957 wurde vom amerikanischen NATO-Oberbefehlshaber, General Lawis Norstad, die atomare Aufrüstung der Bundeswehr gefordert, da sich die UDSSR und die USA auf ein atomares Patt hinbewegten. Die NATO bezog in ihre neuen strategischen Konzepte taktische Atomwaffen mit ein, um das Patt zu Gunsten des Westens wettzumachen.
- (19) „Den Verlautbarungen der Nato zufolge sollte ein sowjetischer Angriff so nahe wie möglich an den Grenzen zur DDR und zur Tschechoslowakei zum Stehen gebracht werden. Die militärischen Planungen gingen allerdings von der Annahme aus, bestenfalls die Linie Rhein-Ijssel-Meer halten zu könne, von der aus dann die Gegenoffensive gestartet werden sollte. Für die Bundesrepublik bedeutete dies, daß ihr Territorium praktisch in voller Breite zweimal überrollt werden würde: einmal von Osten und einmal von Westen. Und beide Male würde es Atomwaffen hageln. (...) Das veranlaßte den Generalinspekteur der Bundeswehr Heusinger, alternative Verteidigungspläne mit konventionelle Waffen zu erarbeiten“ (Die ZEIT, 25.4.1997). Adenauer hielt dagegen „mit seiner Politik die Spannungen in Europa auf hohem Niveau und hintertrieb konkrete Abrüstungsinitiativen“ (ebd.) – lieber tot als rot!
- (20) FR, 29.5.1959.
- (21) Atomstaat: Wir stellen uns quer – jeden Tag, Aufruf zum Anti-Atom/Anti-Castor Monat vom 4.11-25.11.1995, Göttingen, Anti-Atom-Plenum und Göttinger Bündnis gegen Atom in Zusammenarbeit mit dem Asta-Ökologie-Referat.
- (22) asta-revista, Zeitung des AstA der Uni Göttingen, Sonderausgabe castor-revista, 5.5. 1997.
- (23) Der „Koordinationskreis Siemens-Kampagne“ warnte z.B. davor, daß die Münchener Siemens AG „als eine Art Kostendämpfungsmaßnahme den Zeitaufwand für die obligatorischen sicherheitstechnischen Prüfungen der Atommeiler ‘erheblich’ (reduziere). Seit 1991 sei die Prüfungsdauer von 33 auf jetzt 17 Tage geschrumpft. Schon jetzt seien die Materialprüfungen unzulänglich...“ (FR, 25.7.1996).
- (24) Atomstaat: Wir stellen uns quer – jeden Tag, s.o.
- (25) ebd.
- (26) Vgl. Junge Welt, 25.7.1996.
- (27) Das ist dann das neue Argument gegen den Ausstieg aus der Atomenergie: wenn wir die Gefahren, die von den Reaktoren (gemeint sind natürlich meistens die aus dem Osten, die im Westen sind ja sicher) ausgehen, in den Griff kriegen wollen (nach den Erfahrungen von Tschernobyl zieht das natürlich gut...), dann dürfen wir nicht aus dieser Technologie ausstei-



gen zwecks Erhaltung der Fachkompetenz, um die alten Kraftwerke modernisieren zu können.

- (28) Wirtschaftsminister Günther Rexrodt im Januar 1996, in: Junge Welt, 18.4.1997.
- (29) Atomenergie und Atombombe, 1947, S. 324.
- (30) ebd., S. 282.
- (31) Bulletin der Bundesregierung, 5.7.1963, in: Atomtechnologie und Atompolitik, 1980, S. 39.
- (32) Winfried Damm und Wolfgang Daniels: Atomstaat und innere Sicherheit – Das nukleare Gefahrenpotential, in: Atomwirtschaft und innere Sicherheit, 1989, S. 220.
- (33) Zahlen aus: SPIEGEL 16/1989.
- (34) Süddeutsche Zeitung, 8.5.1989.
- (35) BUND, 1986, S. 103.
- (36) Atomstaat: Wir stellen uns quer – jedenTag, s.o.
- (37) Vernunft ist hier in dem moralischen Sinne der AKW-GegnerInnen gemeint, daß es nämlich nicht gerade nett ist, Menschen einer radioaktiven Verseuchung auszusetzen, wie es nunmal passiert.
- (38) Die Grüne Hochschulgruppe schreibt z.B.: „Die Banken sind interessiert an Zinseinnahmen durch Kreditvergabe (...) Die Politik hingegen – beeinflusst und involviert in die Atomwirtschaft durch Mitgliedschaft im Aufsichtsrat von Banken und EVU – deckt diese Bereicherungspolitik. (...) Die EVU schließlich bedienen diese Interessengruppen...“ (Grüne Hochschulgruppe, Göttingen, Januar 1997)

Für die OLLAFA (Offene Linke Liste – AstA für Alle) steht fest: „Hauptverantwortlich für die menschenverachtende Industrie sind die eng miteinander verknüpften, monopolistischen Energieversorgungsunternehmen (...) Die Deutsche Bank als Hauptaktionär der Energieversorgungsunternehmen ist der eigentliche Entscheidungsträger und versucht, mit aller Macht die Atomindustrie aufrechtzuerhalten“ (OLLAFA, Journal für die Wahl an der Uni Göttingen, Januar 1997, S. 8) – hinter der

ganzen Scheiße soll also wiedereinander das „raffende Kapital“ stecken.

- (39) Leben im Atomstaat, 1996, S. 124.
- (40) ebd., S. 125.
- (41) ebd.
- (42) Nach jüngsten Umfragen stößt bei 80 % der Bevölkerung die Kritik an der Atomkraft auf Sympathie (Junge Welt, 10.3.1997).
- (43) Wie bspw. nach Tschernobyl, wo die Grenzwerte einer maximalen Schilddrüsendosis von der Strahlenkommission um das 33-igfache angehoben wurden, um die Gefahr herunterzuspielen (vgl. Prittowitz, 1990, S. 25).
- (44) „Bedeutsames Beispiel dafür (für die Richtigkeit des deutschen Sicherheitskonzeptes) ist auch der Störfall im Kernkraftwerk Three Mile Island in den USA.. Fehler des Bedienungspersonals konnten vom Sicherheitssystem aufgefangen und damit schwerwiegende Auswirkungen auf Personal und Umwelt verhindert werden.
Das sowjetische Kernkraftwerk Tschernobyl (...) unterscheidet sich grundlegend von bundesdeutschen Kernkraftwerken. So haben erhebliche Schwächen in der sicherheitstechnischen Auslegung des sogenannten RBMK-Reaktors in Verbindung mit gravierenden Fehlhandlungen der Betriebsmannschaft zu dem Unfall geführt. Die bei uns gebauten und betriebenen Reaktortypen verfügen über eine Reihe von Eigenschaften, die einen solchen Unfall unmöglich machen“ (Deutsches Atomforum e.V., 1995, S. 56/57).
Die deutschen AKWs werden so zu Projekten zur Vermeidung fälliger Störfälle gemacht – nur gut, daß wir die Dinger bei uns rumstehen haben, dann kann uns sowas nicht passieren!
- (45) FR, Pflingsten 1996.
- (46) Das zeigt sich spätestens dann, wenn den Anwohnern von AKW von den Behörden Jodtabletten ausgehändigt werden, die im Fall einer radioaktiven Verseuchung einzuschmeißen sind und so die Schäden vor allem an der Schilddrüse reduzieren sollen – dies wird so in Frankreich gehandhabt, wobei die Kosten für die Tabletten freundlicherweise von dem staatlichen Stromkonzern EDF übernommen werden (vgl. Junge Welt, 20/21.9.1997).
- (47) Internes Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung vom September 1995, in: Junge Welt, 29.5.1996.
- (48) Massarrat, 1980, S. 229.



... mit freundlicher Unterstützung von:

